

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 184

Mittwoch, 8. August 1928

35. Jahrgang

Aufstieg

Sozialistische Politik ist mühselige Aufbauarbeit von Etappe zu Etappe. Aber so mühselig sie auch sein mag, so sicher steht der Aufstieg der proletarischen Bewegung fest, und der Sozialistische Arbeiterkongress in Brüssel ist lebendiger Zeuge dafür.

Brüssel. An was erinnert das alles? An die deutschen Handwerksburgen, die, in der Heimat von den Schergen Metternichs verfolgt, Westeuropa und die Schweiz durchwanderten, die in Brüssel, in Paris und in Zürich die erste Kunde vom Sozialismus erhellten und dann, mit Wilhelm Weidlings Flugschriften im Ranzgen, der deutschen Grenze zustrebten, um in Deutschland die Köpfe der Schneider- und Zigarrenmachergesellen zu revolutionieren. An die ganze Geschichte des modernen Sozialismus von Karl Marx bis Friedrich Ebert und alle die Männer und Frauen der gegenwärtigen Generation.

Der Sozialismus der Handwerksburgen war Utopie. Sie meinten, das Rezept für die Umgestaltung der Welt in wenigen Tagen in ihrem Ranzgen zu tragen. Die ersten Formulierungen von Marx waren Wissenschaft, die nur ein kleiner Kreis von Arbeitern verstand. Doch Wirtschaft und Politik revolutionierten die Köpfe. Die Fronarbeit von früh bis spät, der Zwang zur Entbehrung aller Kulturgüter, der Uebermut der Kapitalistenklasse in der Zeit, als es nennenswerte Arbeiterorganisationen noch nicht gab, ließ die Arbeitermassen erkennen, daß gegenüber der Miesemacht der Kapitalistenklasse nur der organisierte Massenwille bestehen könne und ließ sie auch die Mahnung des kommunistischen Manifestes begreifen, die die Proletarier aller Länder aufrief, sich zu vereinigen. So wuchsen die Organisationen, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, und als die Arbeitermassen immer mehr mit den Gedankengängen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut waren, da stand die sozialistische Internationale.

Gefürchtet und gehaßt. Gefürchtet, weil die herrschende Klasse erkannte, welche Gefahr für ihre politischen und wirtschaftlichen Privilegien die großen proletarischen Organisationen bedeuteten. Gehaßt, weil mit den Millionen, die die Solidarität der Menschheit auf ihre roten Fahnen geschrieben hatten, eine neue Welt heraufzog, die um des eigenen Lebens willen die Vorherrschaft aller alten Gewalten zertrümmern mußte.

Furcht und Haß waren es denn auch, die die Arbeiterbewegung der Welt unter Ausnahmerecht stellten. Gefängnisse und Zuchthäuser wurden zu Staatspensionen sozialistischer Führer. Streikverbote, Ausnahmegesetze, Polizeiwillkür, alles, was politische Engstirnigkeit auch nur erkennen konnte, um die sozialistische Arbeiterbewegung zurückzudrängen, wurde in Anwendung gebracht. Arbeiter sein, hieß Staatsbürger zweiter Klasse sein. Arbeiter sein, hieß als Objekt, nicht als politische Persönlichkeit leben. Solange der Wille der herrschenden Staaten noch stark genug war, den Sozialismus in Schach zu halten!

Die letzten Jahrzehnte haben den Kapitalismus und die

Staatsgewalten der alten Herrschaft so oft in ohnmächtiger Position gezeigt, daß sie den Sozialismus nicht mehr in Schach halten konnten und Schritt für Schritt vor ihm zurückweichen mußten. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung erhielt die Arbeiterklasse die politische Freiheit. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung schufen Regierungen und Parlamente soziale Gesetze. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung wurden die Unternehmer zur tatsächlichen Regelung der Löhne und der Arbeitszeit gezwungen. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung wurde die Willkürherrschaft des bürokratischen Staates und des Unternehmertums zerfallen und ihnen die Arbeiterklasse als Machtfaktor gegenübergestellt.

Der Sozialistische Arbeiterkongress in Brüssel zeigt diesen Umschwung der Dinge mit aller Klarheit. Daß Sozialisten, je nach den politischen Machtverhältnissen in den einzelnen Ländern, wichtige Staatsämter bekleiden, ist Selbstverständlichkeit geworden. Daß Sozialisten in den entscheidenden weltpolitischen Situationen der letzten Jahre den Weltstaaten die Richtung gezeigt haben, ist geschichtliche Tatsache, und wenn der frühere belgische Minister Vanderveelde auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Brüssel aus dem Kelloggspakt die Notwendigkeit der schleunigen Räumung des Rheinlandes von der Befahrung folgert, so ist das eine Argumentierung, die weltpolitische Bedeutung hat.

Stärker als auf allen bisherigen sozialistischen Kongressen tritt in Brüssel der feste Wille zum Verändern der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse hervor. In Hamburg, wo sich die Arbeiter-Internationale aufs neue konstituierte, gabs noch Differenzen über Prinzip und Taktik. In Marseille schon waren sie zurückgedrängt. In Brüssel ist höchste Aktivität, Wille zur Macht. Nicht Wille zur Macht, der einen sozialistischen Ueberbau über den Staaten schaffen und den luftleeren Raum für die Eroberung der Welt demonstrieren will, sondern Wille zur Macht, der durch die Eroberung der Parlamente der Staaten und durch die sozialistische Beeinflussung der Regierungen, getragen von der Millionenbewegung der Arbeiter aller Länder, die Neuordnung der Dinge erreichen will.

Aber in Brüssel denkt man nicht nur an die Macht der sozialistischen Organisationen in Staat und Wirtschaft. Man denkt auch an die Menschen, die die sozialistische Gesellschaft aufbauen sollen. Jugend mit roten Fahnen begrüßt die Delegierten, Jugend mit roten Fahnen, wie sie in Dortmund dem deutschen Innenminister Karl Severing jubelte, als er sie zum Kampf gegen Krieg und Kapitalismus aufrief. Jugend, die fortsetzen soll, was die Alten begonnen, Jugend, die politisch und kulturpolitisch der kommenden Generation die Bahn zur sozialistischen Gesellschaft frei machen soll und frei machen wird!

Spanische Schwierigkeiten

Gorge des Völkerbundes

Genf, 8. August (Radio)

Die Regierungen Deutschlands, Englands und Frankreichs haben den Völkerbundsekretär ersucht, auf die Tagesordnung der kommenden Völkerbundversammlung die Aufrechterhaltung der 1926 für die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder getroffenen außerordentlichen Wahlordnung zu setzen.

Diese Wahlordnung, eine Veränderung des § 2 des 4. Artikels des Völkerbundespaktes, sollte nur für 1926 gelten und besagte in der Hauptsache, daß drei der nichtständigen Ratsmitglieder sofort bei ihrer Wahl als wiederwählbar erklärt werden könnten. Die ursprüngliche Bestimmung, die also für die Wahl in diesem Jahre wieder in Kraft treten sollte, lautet, daß die nichtständigen Mitglieder erst wiedergewählt werden können, nachdem sie drei Jahre dem Rat nicht angehört haben. Politisch gesehen, würde das Wegfallen der Wahlordnung von 1926 bedeuten, daß Spanien, das seine Kündigung zurückgenommen hat, in diesem Jahre keinen sogenannten halbständigen, d. h. wiederwählbaren Völkerbundratsitz bekommen könnte. Es ist sogar sehr fraglich, ob Spanien, das erst 1926 aus dem Rat ausstieg, auf Grund der alten Wahlordnung in diesem Jahr schon wieder in den Rat gewählt werden dürfte, da seit 1926 noch keine drei Jahre verfloßen sind.

Das Ansuchen der drei Großmächte versucht also, alle diese Hindernisse für die Wahl Spaniens zu einem halbständigen

Ratsmitglied auszuschalten. Man kann ohne weiteres annehmen, daß Frankreich und England, von denen die Initiative zu diesem Schritt von Spanien dahin unterrichtet worden sind, daß Spanien nur in den Völkerbund wieder eintritt, wenn es einen halbständigen Ratsitz erhalten würde, eine nicht sehr demokratische, aber politisch verständliche Forderung. Die französische und die englische Regierung haben das telegraphische Gesuch durch Briefe ergänzt. In dem Schreiben aus Paris wird auf die Krisis hingewiesen, die die Wahl der Völkerbundratsmitglieder im Jahre 1926 für den Völkerbund bedeutete und der aktuelle Hintergedanke des Wunsches der drei Großmächte angedeutet, indem Paris ausspricht, daß die Aufrechterhaltung der außerordentlichen Wahlordnung vom Jahre 1926 auch in diesem Jahre dazu dienen soll, die Krisis endgültig zu überwinden. London schreibt ähnlich, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung von 1926, ein nicht permanentes Mitglied sofort wiederwählbar zu erklären, in den Septemberwahlen allein den guten Absichten der Versammlung von 1926 vollkommen gerecht werden würde.

Es sei ausdrücklich hervorzuheben, daß das Gesuch der drei Mächte noch nicht bedeutet, daß ihre Absicht in bezug auf die Neuwahl des Rates bzw. die Wahl Spaniens zum wiederwählbaren Ratsmitglied nun auch reibungslos durchgeführt werden können, wenn auch zu erwarten ist, daß sie mit anderen Völkerbundmitgliedern vor Einsendung ihres Gesuches in Verbindung getreten sind. Man erwartet in Genf trotzdem Widerstand gegen die Aufrechterhaltung der außerordentlichen Wahlordnung, die 1926 ja nur als Kompromiß zustande gekommen ist.

Der Kaiser darf . . . Der Kaiser kann . . .

Es ist der Vorschlag gemacht worden, jedem, der die Schule verläßt und ins Leben hinaustritt, ein Exemplar der Verfassung in die Hand zu drücken. Ein ausgezeichnete Gedanke, aber ich könnte mir vorstellen, daß der junge Mann oder das junge Mädchen, die unter dem Wert von Weimar aufgewachsen sind, in dessen schriftlicher Fixierung sie herumblättern, zu keiner rechten Würdigung seines Wertes gelangen: einfach, weil ihnen die Vergleichsmöglichkeiten fehlen. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es etwa in der Verfassung. „Aber von wem denn sonst?“ möchten die Jugendlichen denken, die, wie Lambach gar nicht unrichtig bemerkte, Könige und Kaiser nur noch von Filmen und Operettenbühnen her kennen. Für sie müßte ein Anhang geschaffen werden und in diesem Anhang müßten die wichtigsten Artikel der alten Verfassung abgedruckt sein, der Verfassung vom 16. April 1871. Ich habe sie, in Gestalt eines Reclam-Hefchens vor mir liegen und wenn man das Bündchen vertilgt hat, dann weiß man's genau, wieso der Mann in Doorn sich gegenwärtig nicht recht wohl fühlt: Eine solche Position, wie er sie 1918 verlor, findet er in der ganzen Welt nicht wieder. Das war eine Stellung! Das war ein Pflichten!

Es ist von mancherlei Dingen die Rede in der alten Verfassung: sogar vom Reichstag, der sich herausnehmen darf, Gesetze vorzuschlagen. Aber das ist ja alles nur Ornament für die eine Grundaussage, daß der Kaiser allmächtig ist. Der Kaiser darf . . . Der Kaiser kann . . . Dem Kaiser steht es zu . . . Dem Kaiser gehört . . . das ist der ewige, ermüdende Refrain. Es gehört ihm „die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung“. Es steht ihm zu, „den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen, zu schließen, den (von Mißtrauensvoten unabhängigen) Reichskanzler, ferner die Reichsbeamten zu ernennen und erforderlichenfalls ihre Entlassung zu verfügen, das Reich völkerrechtlich zu vertreten, Bündnisse abzuschließen, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen.“ Die Kriegsmarine wie das Heer stehen unter seinem Befehl. Er ernannt die Offiziere und Beamten der Land- und Seemacht, die, wie es in Artikel 64 heißt: „Ihm den Fahneneid leisten“, und nicht minder steht natürlich das gesamte Konsulatwesen unter seiner Aufsicht.

Charakteristisch für den Geist der alten Verfassung ist eine Kleinigkeit im Artikel 3. Da heißt es, daß „der Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaat als Inländer zu behandeln ist“. Ganz vernünftig und daran ist ja soweit nichts auszusetzen, aber was soll man dazu sagen, daß hinter dem doch eigentlich nicht mißverständlichen Begriff „Angehöriger eines jeden Bundesstaates“ sich eine Klammer öffnet, in der der wohl als juristischer Fachausdruck gewertete Begriff durch ein Wort der Umgangssprache erläutert wird, und durch welches sonst als durch das Wort „Untertan“. Ja, „Untertan“ waren sie, die „Angehörigen der Bundesstaaten“: rechtlose, unmündige Objekte der „Obrigkeit“: auch so ein, die Situation gut charakterisierendes Wort, dem man, allein in jenen erwähnten Artikel 3, gleich zweimal begegnet. Nun, soweit die Untertanen zu den Kreisen des gehobenen Bürgertums gehörten, hatten sie an der Verfassung wenig auszusagen. Wohl hatten sie gelegentlich einzuwenden, daß hier mal ein roter Adlerorden 5. Klasse nicht ganz nach Verdienst verteilt worden sei und daß dort mal eine Beamtenpension etwas reichlicher hätte sein können. Damit war ihr kritisches Bedürfnis erschöpft und sie wußten nicht, was an einer Verfassung nicht hätte stimmen sollen, die, ohne Unterschied des Namens und der Geburt, für jeden die Möglichkeit offen ließ, einmal Kommerzienrat zu werden. Schon richtig, daß man in Hinsicht auf den Staatsapparat ja eigentlich einen Dreß vorstellte. Aber was verächtlich, wenn man sich mit der Tatsache trösten konnte, daß tief unter einem Leute standen, die noch viel weniger waren!

„Der Kaiser darf . . . Der Kaiser kann . . .“ Bis 1918 waren diese Worte weltgeschichtliches Schicksal deutscher Untertanen. Nach der neuen Verfassung freier Staatsbürger kann und darf der Kaiser nur noch ein einziges: uns alle miteinander von hinten in Augenschein nehmen. H. B.

Rach

Deutschnationale untereinander — Eine kräftige Sprache

In der „Kommerziellen Tagespost“ hatte der Vorsitzende des Kreisvereins Stettin der Deutschnationalen Volkspartei, Oskar Thomas, geschrieben, daß die einst so hoffnungsvolle Bismarck-Jugend nur noch aus Bruchstücken und kleinen Gruppen bestehe. Herr Sieveking, Reichsführer der Bismarck-Jugend, erklärt nun gegen Herrn Thomas in der „Kreuz-Zeitung“:

„Seine häßlichen Ausführungen über die Bismarck-Jugend können nur als der Ausfluß leichtfertiger Unkenntnis oder bewußter Entstellung gewertet werden.“

Das sind sehr kollegiale Töne, die die beiden Parteifunktionäre der Deutschnationalen untereinander gebrauchen. Ehrengleich gefällig?

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress

Internationale Goldbarität!

Brüssel, 7. Aug. (Eig. Drahtber.)

Die Dienstagssitzung wird um 9 1/2 Uhr von Abramowitzsch-Russland eröffnet. Außerdem hat die Exekutive als Vorsitzende für die Dienstag-Sitzung Turati-Italien und Rosa-Luxemburg best. (Eig. Drahtber.)

Die Dienstag-Sitzung beginnt mit einer Begrüßungsansprache des italienischen Delegierten Turati, der vor allem die Leiden der italienischen Arbeiterklasse und die Schrecken des faschistischen Regimes ausführlich schildert. Turati gibt die Hoffnung nicht auf, daß auch den italienischen Sozialisten bald ein Erfolg beschieden sein möge. (Lebh. Beifall.)

Da von der russischen Sozialistischen Arbeiterpartei spricht dann zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, die

„Weltpolitische Lage“.

Er fährt aus: „Der Faschismus und der Bolschewismus sind Brüder. Beide stützen sich auf einen militärischen Apparat, der von Korruption geradezu strotzt. Meine Partei ist stolz darauf, daß sie auch unter den Schlägen der Diktatur niemals aufgehört hat, die Lehren ihres großen Führers Martow immer wieder zum Ausdruck zu bringen, diese Lehren, die uns klar machen, daß wir im schärfsten Kampf gegen die Diktatur nie die Gemeinsamkeit unserer Endziele vergessen dürfen. Der Kampf gegen die bolschewistische Diktatur ist nur durchzuführen bei einem gleichzeitigen Kampf gegen die bürgerliche Konterrevolution. In Moskau tagt zurzeit der Kongress der 3. Internationale. Er

hat den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Länder beschlossen. In vielen Ländern haben die Bolschewisten entsprechende Methoden, Spaltung und Verrat, schon längst angewandt. In der Abwehr dieses Kampfes muß die Sozialistische Arbeiterinternationale die Offensive übernehmen. Wir dürfen uns dabei niemals der von den Bolschewisten benutzten Mittel bedienen. Wir wollen und müssen den Kampf um die Seele der Arbeiterklasse führen, und wir führen ihn, indem wir, die Internationale des Friedens, die Internationale der Spaltung, die Internationale der Einigkeit entgegenstellen. Die Möglichkeiten der bolschewistischen Diktatur sind durch die Tatsachen der wirtschaftlichen Weltkrise beschränkt. Die Bauern haben auf die Maßnahmen der bolschewistischen Regierung mit passivem Widerstand geantwortet, die Handwerker haben die Läden geschlossen. Heute befindet man sich in Rußland in einem katastrophalen wirtschaftlichen Zustand. Aus der Agonie des Nepp ist eine Agonie des Bolschewismus geworden. Erschlittert durch den ewigen Aktien-Kurs geht die Diktatur heute wieder nach rechts. Innere Konflikte sind unter diesen Umständen zu erwarten, außenpolitische nicht ausgeschlossen. Die bolschewistische Diktatur ist zweifellos eine Quelle außenpolitischer Gefahren. Der Zustand, in dem sich Rußland augenblicklich befindet, weckt die Gellüste der Imperialisten. Eine Diktatur darf nachher in einer solchen Situation nicht schwach erscheinen, und wo sie schwach ist, muß sie sich stark zeigen. So sehen wir Rußland heute gewissermaßen als ein großes Militärlager, als willkommenen Nährboden für Abenteuer. Unter diesen Umständen können die Gewehre allzu leicht von selbst los-

gehen. Wir russische Sozialdemokraten bekämpfen die Ursachen, die hierzu führen und damit den Bolschewismus, um an seine Stelle die demokratische Republik zu setzen.“

Burton-England:

Wir Engländer haben nicht das Bestreben, die Gegensätze zu betonen, sondern das einzelne hervorzuheben. Wir wollen auch nicht utopisch sein, denn wir sind nicht so streng an die marxistische Lehre gebunden, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Wir wollen mehr die praktische Lösung. Deshalb verlangen wir keine grundsätzliche Definition, aber dafür mehr praktische Politik. Aus diesem Grunde haben wir den ersten Kommissionsbericht des Kongresses eine ganze Reihe von Formulierungen vorgelegt. Wir verlangen darin sofortige Klärung des Problems, wir fordern die Herstellung offizieller Beziehungen zu Rußland durch alle Staaten und die Unabhängigkeit im Rahmen des Völkerbundes. Schließlich stellen wir uns auf den Standpunkt, daß ein für alle mal der Zustand aufgehoben muß, die asiatischen Völker als Völker niedriger Kultur und uns als Völker höherer Kultur zu betrachten. Wir verlangen volle Gleichheit der Völker und in bezug auf China volle Souveränität, die Abkündigung aller bestehenden Verträge und Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus chinesischem Gebiet.

Yong-Ru-Tao-Yang-China:

Wir Chinesen haben jetzt endlich die Freiheit unseres Landes erobert und den alten Militarismus in einen Winkel der Wandschule zurückgedrängt. Aber er ist noch nicht endgültig vernichtet. Wir sind auch noch immer Opfer der elenden Umtriebe des internationalen Imperialismus. Er sieht sich vor allem auf die ungleichen Verträge, die als Folge des Krieges von 1842 und 1858 und vieler anderer Ereignisse geschlossen wurden und die die Kontrolle der Küste durch das Ausland, die erzwungene Herabsetzung der Tarife, Konzessionen und die Privilegien der Exterritorialität zur Folge hatten.

In einem Lande von 400 Millionen Menschen ist die Arbeitskraft natürlich überreichlich vorhanden, trotzdem kann das chinesische Volk seine Naturschätze nicht industriell verarbeiten. Denn die ausländischen Kapitalisten verhindern durch die Zollkontrolle und die Beschränkung der Tarife die Ausdehnung des chinesischen Außenhandels. Sie schaden damit nicht nur dem chinesischen Volk, sondern ihren eigenen Nationen. Aber was ihnen vorzweht, ist ein eingeschränkter, von ihnen monopolisierter Handelsverkehr, der sehr hohe Profite abwirft, an Stelle eines ausgedehnten Handelsverkehrs mit möglichem Ertrage. Darüber hinaus wird der Wert der Waren alle zehn Jahre durch internationale Uebereinkommen festgesetzt. Diese Werte können am Ende der zehnjährigen Frist nur durch die einmütige Zustimmung aller Mächte, die Konzessionen besitzen, abgeändert werden. Da nun die Verträge mit den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten geschlossen wurden, fällt ihr Ablauf sozusagen niemals zusammen, und so kann jedes Land unter dem Vorwand, daß der Termin der Revision vorüber ist, die alte Wertfestsetzung während der neuen Periode aufrecht erhalten. Durch 50 Jahre, von 1858 bis 1902 ist ein neues Uebereinkommen nicht möglich gewesen. Es ist wohl überflüssig, darauf hinzuweisen, wie schwer angesichts der tatsächlichen Verringerung der Preise diese künstliche Stabilisierung auf die Entwicklung der chinesischen Industrie und auf die innere Lage Chinas lastete. Wenn die fremden Mächte nicht dazu gebracht werden, auf diesen Mißbrauch der Macht auf wirtschaftlichem Gebiet zu verzichten, dann besteht die Gefahr, daß der wachsende Jörn gegen die Fremden Verwicklungen herbeiführt und China als eine leichte, verteidigungslose Beute angesehen wird. Ein Volk, das nach seiner Wiedergeburt arbeitet, kann ein solches Joch nicht lange ertragen. Nur ihrem eigenen Gesetze gehorchend und mit der Hilfe oder der Unterstützung der Duldung ihrer Konsuln konnten die fremden Unternehmer das chinesische Proletariat einer wahren Sklaverei unterwerfen. Von den 1740 558 Spindeln im Jahre 1925, die in den Baumwollspinnereien von Schanghai arbeiten, gehörten 928 482 Engländern und Japanern. Die Arbeitsbedingungen in den Spinnereien sind unerträglich. In den Fabriken von Schanghai gibt es im allgemeinen zwei Schichten, eine Tag- und eine Nachtschicht. Die Löhne sind äußerst elend. Die brutale Schandung durch ausländische Vorarbeiter, die Verwendung von Frauen und Kindern, alles das wird verschärft und aufrecht erhalten durch die Möglichkeit, welche die Fremden haben, sie zur Anwendung eines Gesetzes zu erzwingen, auch dann, wenn es keine gesetzliche Vorschrift gibt. Die Engländer werden geschickt durch ihre Armeen, durch ihre Marine und durch die freiwilligen Streitkräfte, welche die Kapitalisten organisieren und für welche die Regierungen Waffen und Munition liefern.

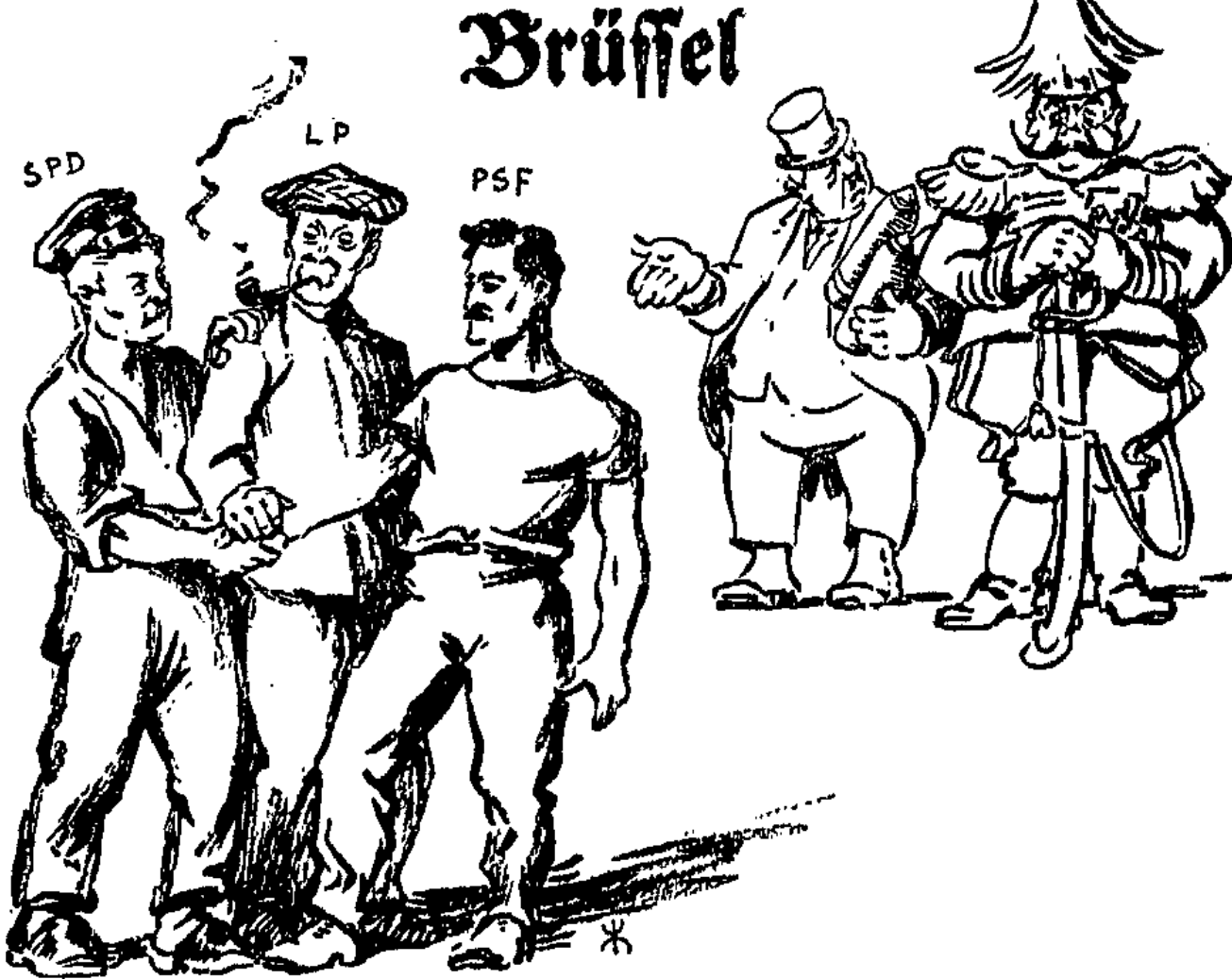
Das einzige Mittel, um China seine Unabhängigkeit wiederzugeben, ist die Abschaffung der ungleichen Verträge. Das ist auch das einzige Mittel, um zu verhindern, daß das Blut unserer Arbeiter von neuem fließen muß. So zwingt uns die Pflicht gegenüber unserem Volke, heute an alle Länder den Appell zu richten: Sorgt dafür, daß alle ungleichen Verträge, welche die Mächte China aufzuerlegen haben, unverzüglich aufgehoben werden. Bekämpft tatkräftig den Welt-Imperialismus, der China und die anderen Mächte zu überfluten droht. Wir bitten Euch ganz besonders, die Vorgänge im fernem Osten aufmerksam zu verfolgen, wo der japanische Imperialismus ebenso gefährlich geworden ist, wie der europäische und der amerikanische. Wir wünschen, daß er eines Tages eine Katastrophe gleich der im Jahre 1918 hervorgerufen könnte.

Die chinesischen Arbeiter leiden aber auch unter der innenpolitischen Lage und vor allem unter der verbrecherischen Politik des Kuomintang. Seit zwei Jahren versucht der Kuomintang, eine terroristische Diktatur aufzurichten. Er hat Arbeiter niedergemetzelt, er hat die Arbeiterbewegung erdroffelt, er hat die Organisationen des Proletariats zerstört. Er führt einen furchtbaren Kampf gegen die „Roten“, gegen die Bolschewiken ebenso wie gegen die Sozialisten. Es gibt für uns keine Pressefreiheit und keine Koalitionsfreiheit mehr. Wir verurteilen diese Politik unserer Machthaber und wir bekämpfen sie. Der Kuomintang ist gegenwärtig an der Macht. Wir bezweifeln aber stark, daß er die Sicherheit im Lande herstellen kann. In dieser verworrenen Lage kämpfen wir chinesischen Sozialisten für die sofortige Entwaffnung des Landes. Wir wollen die Errichtung eines Staates, der auf der Demokratie aufgebaut ist, der die Macht der Generale beschränkt, der die Zivilbehörde von ihnen unabhängig macht und der die Interessen der Arbeiterklasse beschützt. Dem Kuomintang gegenüber können wir nicht die Haltung einer klaren Unterwürfung einnehmen. Wir werden die Reformen, die für das Proletariat nützlich sind, unterstützen und alles bekämpfen, was ihm schädlich ist. Seit 1911 hat China nur bürgerliche Revolutionen gehabt. Wir werden in Zukunft für die proletarische Revolution arbeiten. Vergangenheit und Gegenwart gehören dem Kuomintang, die Zukunft gehört uns. Man spreche aber nicht vom chinesischen Bolschewismus. Das Volk hat kein Vertrauen mehr zu ihm.

Wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, die chinesische Arbeiterklasse und ihre endgültige Befreiung erfolgreich zu organisieren. Wir rechnen darauf, daß Sie uns helfen werden, vorerst die Unabhängigkeit unseres Landes zu erobern. (Lebhafte Beifall.)

Der Kongress vertagt sich mittags 1.25 Uhr auf Donnerstag vormittag 9.30 Uhr. Im Nachmittage tagen wiederum die Kommissionen. Am Mittwoch fahren die Delegierten des Kongresses, soweit sie nicht an den Kommissionsarbeiten beteiligt sind, in einem Sonderauto nach Oken.

Brüssel



Die Kriegsbeher: „Die begraben den Haß von 1914. Da müssen wir unsere Hoffnungen begraben.“

Fährt er — fährt er nicht?

Paris und Stresemann

Paris, 8. August (Radio)

Die Gerüchte, denen zufolge Außenminister Stresemann auf seine Pariser Reise verzichten, werden von der hiesigen Presse zunächst ohne Kommentar wiedergegeben. Nur einige Rechtsblätter nehmen dazu Stellung. Das „Echo de Paris“ hält die Meldung für unwahrscheinlich und schreibt, Stresemann sei gescheit genug, um angesichts der sich abwickelnden französischen und deutschen Auffassungen in der Rheinlandfrage zu wissen, daß mit Geduld alles erreicht werden kann, besonders, wie das nationalste Blatt hiesig bemerkt, „bei einer Regierung wie der unseren“. Der „Avenir“ hält es überhaupt für möglich, daß keiner der Außenminister kommt. Die Stille der sonstigen „großen Presse“ bezüglich des nahenden feierlichen Unterzeichnungsaktes stehe eine Kritik der Rechtspresse an den Verhandlungen des Brüsseler Kongresses gegenüber. Ihr und im besonderen der „Temps“ antwortet Generalsekretär Paul Faure im „Populaire“ und schließt seine Ausführungen mit den folgenden Worten: „Im Frieden und durch den Frieden wollen wir Größe, Unabhängigkeit und Entfaltung unseres Landes sichern. Die anderen, so wiederholen wir immer wieder, sind die schlimmsten Feinde, denn sie bereiten die Niederlage und die Invasion vor.“

Regierungskrise in Thüringen?

Weimar, 7. August (Eig. Drahtber.)

Während die linksdemokratische Presse Thüringens stürmisch den Austritt der Demokraten aus der Regierung verlangt, haben wir Grund zu der Annahme, daß die beiden demokratischen Landtagsabgeordneten nicht dieser Auffassung sind, da sie die Uebereinstimmung der demokratischen Minister im Kabinett als ein eben hinzunehmendes Ergebnis demokratischer Abstimmung ansehen. Gemüthlich sagt ein rechtsstehendes, demokratisches Blatt: „Da die Minister Paulsen und Leutheuser zurzeit auf Urlaub sind, ist die Krise noch nicht akut.“ Die Demokraten wollen am Sonntag in ihren Instanzen zu der Situation Stellung nehmen.

Der Sozialdemokrat Fröhlich hat bekanntlich schon vor Tagen die Landtagsauflösung als einzige Möglichkeit der Klärung für die thüringische Politik bezeichnet. Die Kommunistische Partei, darauf aufmerksam gemacht, versuchte nun im Schnelllauf, der Sozialdemokratie das Rennen abzugewinnen. Sie hat deshalb den Landtagspräsidenten Genossen Leber, den sie sonst nicht genug schmähen kann, ersucht, den Landtag sofort einzuberufen. Genosse Leber hat diesem Verlangen nicht stattgeben können, da dem Landtag die verfassungsmäßige Zahl der Unterabgeordneten fehlte. Nunmehr erwarten die Kommunisten, daß die Sozialdemokraten ihrem Antrage zustimmen. Die Sozialdemokratie ist stark genug, aus eigener Kraft den Landtag einzuberufen, wenn immer und wie oft immer sie will und braucht die Kommunisten nicht dazu.

Geellorger für Eisenbahnkatastrophen

Die bayerische Volkspartei fordert religiösen Schutz für die Eisenbahnen

München, 4. August.

Im bayerischen Landtag ist gestern von mehreren Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei die Anfrage eingebracht worden: ob die bayerische Staatsregierung bereit sei, bei der Reichsbahndirektion dahin zu wirken, daß bei Eisenbahnunfällen den Betroffenen die sofortige Zuziehung geellorgerischer Hilfe ermöglicht wird.

Diese Anfrage verdient um so größere Beachtung, als es bekanntlich gerade die Kreise der Bayerischen Volkspartei sind, die gegen eine Untersuchung der letzten Eisenbahnkatastrophen seitens der Berliner Zentrale der Reichsbahngesellschaft und des Reichsverkehrsministers am heftigsten protestiert haben. Wenn es zu den „bayerischen Belangen“ gehört, bei einer Serie von schwersten Eisenbahnunfällen in erster Linie an die Notwendigkeit schneller geellorgerischer Hilfe zu denken, so begreift man, daß eine „Einmischung Berlins“ in München unerwünscht ist.

In Berlin ist man nämlich der Ansicht, daß es das wichtigste ist, die Ursachen der Eisenbahnkatastrophen in Bayern fortzuerklären, das heißt, das verfallene Netz der bayerischen Bahnen in Ordnung zu bringen und für die Eisenbahnen eine Arbeitseinteilung einzuführen, der ihre Kräfte gemessen sind. In manchen Kreisen Bayerns scheint man dagegen zu glauben, daß der liebe Gott die Eisenbahnen entlassen läßt, und daß es darum wichtiger ist, für alle Fälle Geistliche bereit zu stellen, als die sechzehnstündige Arbeitszeit der Eisenbahner abzukürzen.

Die Antwort der bayerischen Regierung auf die Anfrage der Volkspartei dürfte sehr interessant werden. Wenn die bayerischen Eisenbahnzustände so bleiben wie sie heute sind, dürfte es sich im Interesse zureichender Seelsorge als notwendig erweisen, daß jedem bayerischen Eisenbahner neben Lokomotivführer, Schaffner und Heizer ein katholischer Geistlicher beigegeben wird.

Der Schrecken der Tuberkulose

Sofia, 6. August (Eig. Drahtber.)

Auf Anordnung des Kultusministeriums wurden in verschiedenen Schulen des Landes ärztliche Erhebungen über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Schülern gemacht, die innerhalb Europas bekanntlich am stärksten in Bulgarien auftritt. Das Ergebnis, das sehr mitgeteilt wird, ist erschreckend und dürfte einzig dastehen. In den meisten Schulen entfallen auf 100 Kinder 40—54 Tuberkuloseerkrankte. So in Sofia 45, in Kustendil 40, in den Donauküsten Widin 54 und Ruzschik 52, in Schumen 44 usw. Diese Tuberkuloseepidemie läßt das soziale und wirtschaftliche Elend der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten Bulgariens grauenhaft deutlich erkennen. Der sozialistische „Narod“ fordert von der Regierung beschleunigte Maßnahmen zur Bekämpfung dieser verbreiteten und verheerenden Volkskrankheit.

Deutscher Krankentagg

1. Verhandlungstag

Breslau, 5. August. (Eig. Bericht)

Die Tagung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen wurde am Sonntag durch den Stadtrat Ahrens-Berlin-Charlottenburg eröffnet, der die Vertreter der Behörden, der einschlägigen Organisationen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, die Delegierten der deutschen Krankenkassen und die ausländischen Delegationen begrüßte. Gegenüber den früheren Jahren sind besonders die Arbeitgeber zahlreich vertreten, nicht — wie Erdmann in seiner Begrüßungsrede geflüchtig unterstrich — um demonstrativ zu wirken, sondern um ihr Interesse für die Tagung zu bekunden. Die Begrüßungsansprache für die Gewerkschaften hielt der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Ueber den Geschäftsbericht referierte Geschäftsführer Bohmann-Berlin. Er wies die unberechtigten Angriffe, die im Verlauf des letzten Jahres auf die Krankenkassen erfolgt sind, zurück. Hinsichtlich der Sozialpolitischen Gesetzgebung betonte er, daß auch im verflossenen Jahre begrüßenswerte Fortschritte zu verzeichnen seien. In Frage kommen die Versicherung für Seelente und das Gesetz über die Arbeitsvermittlung, an dessen Durchführung die Krankenkassen wesentlich mitwirkten.

Der Vorsitzende des Hauptverbandes, Lehmann, hielt ein großzügig angelegtes Referat über die

Reform der Reichsversicherungsordnung.

Er betonte die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Versicherung und er vertritt unter Rationalisierung die Zusammenfassung der finanziellen Kräfte, den Lastenausgleich und die Vereinfachung der Verwaltung. Krankenkassen, die eine angemessene Mitgliederzahl nicht erreichen, seien zu schließen und neue Kassen dürften nur errichtet werden, wenn sie bei der Gründung über die entsprechende Mitgliederzahl verfügen. Lehmann legte Richtlinien über einen Organisations- und Rationalisierungsplan vor. Die Richtlinien fordern u. a. Einführung von Rassenpflichtverbänden, eine Vereinfachung der Gesetzgebung unter Betonung der Selbstverwaltung nach kommunalen Musterbestimmungen, Einfluß der Versicherten, Ausdehnung der Versicherung auf alle sozial Schwachen und Uebertragung der Aufsichtsbesugnisse vom Staat auf die Krankenkassenverbände.

In der Diskussion sprach Dr. Erdmann von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände über die Richtlinien, die die Versammlung zur Kenntnis nehmen soll und die nicht zur Beschlußfassung stehen. Im großen und ganzen ging der Vertreter der Arbeitgeber an den Dingen vorbei. Eine Kostenersparnis erwarte er durch Druck auf die „Begehrlichkeit der Versicherten“. Auch müsse die Arztfrage in dem Sinne geregelt werden, daß die „Begehrlichkeit der Versicherten“ auf ein für die deutsche Krankenversicherung erträgliches Maß zurückgebracht werde. Von einer Konzentration der Versicherung verspricht sich der Redner keinen Erfolg. Große Kassen, wie sie Herr Lehmann schaffen wolle, müssen die Versicherung nur demokratisieren und die Verwaltung verteuern. Die Uebertragung der Aufsichtsbesugnisse vom Staat auf die Verbände halte er staatsrechtlich für unmöglich.

Gegen die Ausführungen Erdmanns wandte sich vor allem Amann von der Afa. Er führte aus: Wenn mit der von Dr. Erdmann erwünschten Begehrlichkeit der Versicherten eine unbedingte Inanspruchnahme der Versicherungsleistung gemeint sei, so könne er nur auf die Erziehungsarbeiten der großen Gewerkschaften verweisen. Diese Erziehungsarbeit haben derartig positive Erfolge gehabt, daß von Begehrlichkeit nicht mehr gesprochen werden könne.

Nach einem Schlußwort Lehmanns wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

2. Verhandlungstag

Breslau, 6. August. (Eig. Bericht.)

Die Montagssitzung des Deutschen Krankentages wurde durch einen Vortrag des Professors Dr. Liepmann über die Bedeutung der Frauenkunde für die Krankenversicherung eröffnet. Man mache, so führte Liepmann aus, die Beobachtung, daß die Krankheitsdauer bei den Frauen verhältnismäßig größer ist als bei den Männern. So betrug z. B. bei den männlichen Versicherten die durchschnittliche Krankheitsdauer im Jahre 1913 20,1 Tage, im Jahre 1925 jedoch 22,5 Tage. Bei den Frauen ist die Krankheitsdauer jedoch in derselben Zeit von 20,1 Tage auf 28 Tage angewachsen. Insbesondere werden die Krankenkassen durch die ansteigenden Folgegeburten belastet. Es wäre wünschenswert, wenn Staat und Gemeinden in größeren Kliniken Spezialabteilungen für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe unter Leitung eines Facharztes für Gynäkologie, nicht eines Chirurgen, einrichten würden. In kleineren Krankenhäusern müsse der Facharzt des Ortes bei allen einschlägigen Fällen zugezogen werden. Die Unkosten würden hundertfach durch Ersparnisse auf anderen Gebieten eingebracht werden.

Mit dem wichtigen Kapitel der Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche beschäftigten sich Prof. Dr. Thiele-Dresden und Geschäftsführer Maß. Die beiden Referenten forderten, daß Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in der Gestaltung der Arbeit das Alter der Jugendlichen als Arbeits- und Reisezeit besonders berücksichtigen. Zu diesem Zwecke sei eine Ueberprüfung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Sinne einer Verbesserung und eines Ausbaus des Jugendschutzgesetzes erforderlich. Auch müssen Einrichtungen geschaffen und Maßnahmen getroffen werden, die auf das Hineinwachsen der Jugendlichen in das Leben und die Arbeit Rücksicht nehmen. Die dem Reichstag vorliegenden Entwürfe eines Arbeitsschutzgesetzes und eines Berufsausbildungsgesetzes verdienen deshalb beson-

dere Aufmerksamkeit der Versicherungsträger, da sie die Entscheidung über die wichtigen Fragen eines ausreichenden Jugendschutzes bringen.

Ueber die Aufgabe der Vertrauensärzte bei den Krankenkassen sprach Professor Dr. Wichmann-Hamburg und Dr. Brill-Berlin. Die Vortragenden gingen davon aus, daß der Vertrauensarzt kein Gesundheitsfürsorger sei und es auch nicht sein dürfe. Der Vertrauensarzt solle vielmehr das Unbeglückte zwischen dem Kranken, dem Patienten und der Kassenverwaltung sein. Der Vertrauensarzt müsse besser, als das der Arzt in seiner Tätigkeit könne, die sozialen Verhältnisse des Kranken, Ausgestattet mit den besten diagnostischen Einrichtungen sei es seine Aufgabe, den Kranken der für ihn besten und zweckmäßigsten Behandlung zuzuführen. Bemerkenswert war es, daß Professor Dr. Wichmann aus seiner umfassenden Praxis als Vertrauensarzt der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg heraus erklären konnte, daß nach seinen Erfahrungen von einer „Begehrlichkeit der Versicherten“ (auf die am Sonntag der Vertreter der Arbeitgeber Dr. Erdmann hingewiesen hatte) keine Rede sein könne. Im Gegenteil sei in den letzten Jahren das Verantwortlichkeitsgefühl der Versicherten gegenüber ihrer Krankenkassen ständig gewachsen.

Eine besondere Auffassung vom Deutschen Krankentag in Breslau scheint die Breslauer Eisenbahndirektion zu haben. Der Bezirksverband Schlesischer Krankenkassen wollte, um die Delegierten bei ihrer Ankunft zu begrüßen, auf dem Gelände des Hauptbahnhofes ein Willkommensschild anbringen, wie das bei größeren Tagungen üblich ist. Die Eisenbahndirektion erteilte jedoch die Erlaubnis dazu nicht, obwohl sie bei anderen Gelegenheiten die Anbringung eines solchen Schildes erlaubte. Von welchen Gründen die Eisenbahndirektion sich dabei leiten ließ, ist nicht ersichtlich. Vielleicht nehmen der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Reichsverkehrsminister Gelegenheit, sich mit dem Breslauer Eisenbahnpräsidenten über diesen Vorfall eingehend zu unterhalten.

Umstellung im Landbund



Nach der Prügel, die sie im Wahlkampf bezogen haben, halten es die deutschnationalen Großagrarien für räthlich, sich von der Spitze hinter die Front zurückzuziehen.

Jesus und Judas

Ein Roman aus dem Jahre 1888 von Felix Hollaender

23. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Sie gestatten,“ sagte er mit einem ironischen Lächeln, „daß ich meine Toilette solo mache.“

Nun verließen sie die Kammer. Um nicht auf der Stelle aufzuheulen, riß er die Kleider vom Leibe und sprengte sich Brust und Gesicht mit kaltem Wasser; darauf das ganze Gesicht in die Schüssel getaucht und den Kopf sich gewaschen — ah, — das war erquickend!

Kaum, daß er sich gekämmt und gedürstet, war seine schon wieder im Zimmer.

„Hören Sie,“ sagte wiederum der Fremde, „wenn Sie zum Kollegen Lüdecke kein Vertrauen haben, so lassen Sie sich von mir vernünftig zuredehen. Auf Ehrenwort, mein Name ist Köpfer.“ — „Ich heiße Trud.“ — „Auf Ehrenwort also, es soll Ihnen kein Haar gekrümmt werden; folgen Sie uns ohne Sträuben, und Sie werden sich selber überzeugen, daß von Bergewalligen keine Rede sein kann. Lassen Sie es nicht erst zu Zwangsmaßnahmen kommen.“

Trud erkannte, daß hier aller Widerstand vergeblich sein würde, und daß nur Ruhe, eilige Ruhe ihm helfen könnte. „Sie können die Zwangsjacke sparen,“ sagte er bitter, „ich werde Ihnen widerstandslos folgen.“

„Sehen Sie, Trud, so gefallen Sie mir, das ist vernünftig gesprochen,“ warf Lüdecke dazwischen. Der andere warf ihm einen strafenden Blick zu; und nun ging es durch das Schlafzimmer die Treppe hinab.

Unten stand schon wieder die unvermeidliche Droßke und der Koffelentker glogte, wie Carl Trud dünkte, mit instruiertem Blick in die Luft. Dann ging es wieder zur Charite.

Er war kaum imstande, seine Aufregung zu meistern, als sie durch die vielen Gänge dieses Riesenbaues schritten. Auf dem Hofe hatte er zahllose bleiche Gestalten herumlungern sehen, angetan mit jener widerlichen, dort gebräuchlichen Krankentracht. Von den Anzügen grünte ihm förmlich der runde, schwarz aufgeprägte Stempel „Charite“ entgegen. Wahrheitsgemäß harmlose Karren, deren Blickstirn nicht gemeingefährlich, und die man frei herumlaufen ließ.

Endlich traten sie in das Sprechzimmer des dirigierenden Arztes dieser Abteilung. Ein komfortabel eingerichteter Raum. Der Professor und sein erster Assistent empfingen sie.

„Bitte, nehmen Sie Platz,“ sagte der letztere mit einer einladenden Handbewegung. Trud sank in einen der Stühle.

„Wie heißen Sie, wenn ich fragen darf?“ „Aufgepaßt!“ raunte er sich selber zu.

„Ich heiße Carl Trud.“ „Sie studieren?“

„Ich bin Jurist, Herr Professor!“

„Und in welchem Semester stehen Sie?“

„Im fünften.“

„Wie alt sind Sie?“

„Fast zweiundzwanzig Jahre.“

„Sagen Sie mal,“ hub jener ganz unvermittelt an; „was ist das mit Ihrer großen Theorie, von der Sie gestern zu Herrn Dr. Lüdecke gesprochen haben?“

Jetzt das Hirn zusammengekratzt . . . die geringste Blöße würden sie ihm als Wahnsinn auslegen . . . ihn hinter Schloß und Riegel bringen . . . nur diesen Bluthunden keinen Blick in sein Innenleben gestatten!

Er hatte später selber seine eilige Ruhe nicht begreifen können. Auf alles hatte er kalt, gelassen geantwortet, wie ein Luhs die Ohren gelippt, um ja nicht hinterrücks überöltelt zu werden. Pöhllich hatte er mit überlegenem Lächeln gefragt, ob der, welcher in seinen Mußestunden sich der Philosophie ergeben, schließlich als geistestarr zu bezeichnen sei. Und das, was er jenem Heißsporn von seinen philosophischen Ideen beim Glase Wein ausgeplaudert, das liege sich, wollte er sich die Zeit und Mühe nehmen, bei so und so vielen Philosophen in derselben oder in ähnlicher Form nachweisen. Wenn er übrigens nicht irre, so habe es einmal einen gewissen Menschen gegeben, der Sichelring geheizen und sich erdreistet habe, eine ganze Schrift über die Weltseele zu veröffentlichen. Auch ein Dichter, namens Goethe, hätte sich damit befaßt.

„Und der Heilmische?“

„Bäckerlich — nichts als Weinlaune; — ein paar Gläser über den Durst getrunken.“

„Und warum er jenen durchgeprügelt?“

„Mein Gott, einmal hätte er vielleicht des Rheinweines bereits zu viel genossen; und dann sei es ihm auch wirklich etwas in die Galle gefahren, diesem Menschen, mit dem er arglos lange, lange verkehrt, als interessanter Fall gebietet zu haben. Nachher habe er laut aufschreien müssen, halb belustigt, halb ärgerlich, daß er sich habe hinreißen lassen; denn einen Narren zu prügeln, sei schließlich keine Ehre.“

Bei diesem Punkte war es ihm plötzlich durch den Sinn gefahren, sie könnten — er erinnerte sich ähnliches einmal in einem medizinischen Buche gelesen zu haben — seine eilige Ruhe für Komödie nehmen.

Er hielt es daher für angezeigt, seinen Ton zu ändern und den Erregten zu spielen.

„Aber wie gesagt,“ fuhr er mit erhobener Stimme fort und schlug mit der Hand leicht auf die Platte des Schreibtisches, er habe sich empört über diese unerhörte Unförmlichkeit. Und während er im Stillen über seinen Schatzung triumphierte, sprudelte er die Worte hervor: über die Unverschämtheit, ihm in öffentlicher Weinlaune in aller Gemütsruhe mitzuteilen, daß er schon seit Jahr und Tag geisteskrank sei und eigentlich nur durch jene Liebeshörigkeit frei herumlaufe.

Dann wieder war er in den vorher angeschlagenen Unterhaltungston zurückgefallen. hatte sich in aller Gemächlichkeit eine

Zigarette gedreht und in harmloser Weise dieses und jenes über seine tägliche Beschäftigung mitgeteilt.

„Haben Sie starken geschlechtlichen Verkehr?“ fragte auf einmal der Assistent.

Er wurde puterrot, fast wie ein junges Mädchen, dem der Kavaller in Tanzsaal etwas in das Ohr geflüstert, das die Mutter nicht hören darf.

„Darauf möchte ich nicht antworten,“ sagte er leise.

„Wollen Sie mal dicht zu mir herantreten,“ nahm der Professor die Untersuchung wieder auf.

„Danke, es ist gut so.“

Nun zündete er ein Licht an und hielt die Flamme unmittelbar vor sein linkes Auge. Dann reichte er dem Assistenten den Leuchter und zu Carl Trud: „Bitte, noch einen Augenblick Geduld.“

Hierauf zog er ihm mit dem Zeigefinger das untere Lid herab.

„So, ich bin befriedigt.“

Er richtete noch mehrere unbedeutende Fragen an ihn, dann: „Zu meiner Freude kann ich Ihnen versichern — Carl Trud schien es in diesem Augenblicke, als ob er Lüdecke mit Blicken traktierte, daß jener vor Verlegenheit sich nicht zu halten wußte, — daß ich Sie nach meiner Untersuchung für gesund halte. Was ich Ihnen aber nicht verschweigen will, ist, daß Sie erregbarer, nervöser Natur sind und auf sich etwas achten sollten, zumal jetzt, wo Sie noch im Entwicklungsprozeß begriffen sind. Sie arbeiten angestrengt und sind — ich will mich einmal populär ausdrücken, damit Sie mich verstehen — nicht imstande, Ihr Hirn hinreichend zu ernähren; das hängt zum Teil mit Ihrer Blutarmut zusammen. Ich verlange nichts weiter,“ fuhr er lächelnd fort, „als daß Sie eine Zeitlang weniger kneipen und überhaupt nach Möglichkeit geistige Getränke meiden. Rotwein mit Wasser gemischt, erlaube ich Ihnen übrigens gerne.“

Der Professor erhob sich.

„Biel Glück zum Referendar,“ und mit einem freundlichen Händedruck entließ er ihn.

Was Lüdecke, der Kollegialität wegen, hinter verschlossenen Türen zu hören bekommen, er hätte dabei sein mögen.

Er stürzte ins Freie.

Jetzt war es zu Ende mit aller Ruhe. Diese Baben — auf Geisteskrankheit hatten sie ihn untersucht nach allen Regeln der Kunst . . . Ein völlig Gesunder hätte von dieser Tortur wahnsinnig werden können. Er aber hatte es ihnen bewiesen und eines in dieser entsetzlichen Stunde gelernt, eines für das ganze Leben: sich zu beherrschen, ob auch alles in ihm zu Springen drohte.

Aber sie hätten ihn sehen sollen, jetzt wo er aus ihrer Gesichtswende! Wie ihm der Schaum vor den Mund trat, wie er am ganzen Körper zitterte, ob der ihm angetanen Bergewalligung.

(Fortsetzung folgt)

Amtlicher Teil

Für die am Sonnabend, dem 11. ds. Mts., um 12 Uhr im Stadttheater stattfindende amtliche Verfassungsfeier stehen noch Eintrittskarten zur Verfügung, die von Interessenten am Donnerstag und Freitag dieser Woche zwischen 8 und 18 Uhr in der Senatskanzlei, Rathaus, Zimmer 7 angefordert werden können.

Lübeck, den 8. August 1928

Die Senatstanzlei

Aufgebot

- 1) Die Ehefrau Mathilde Friedrich, Lübeck, Falkenstr. 12,
- 2) a. die Witwe Marie-Luise Brewitt geb. Behn, Lübeck,
- b. der minderjährige Wolf-Dietrich Hermann Eduard Hofhus Brewitt, Lübeck,
- c. der minderjährige Peter-Hofhus Kreuzwendebeck Brewitt, Lübeck.

zu b) und c) vertreten durch die Antragstellerin zu a), als gesetzliche Vertreterin,

diese vertreten durch die Rechtsanwältin Dres. von Braden, Jhde, Baetlicher, Lübeck,

3) der Bote Rudolf Johann Christian Lüders, Westoc, Brandenbaurer Landstraße 163,

haben das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung zu 1) des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Lübeck, St. Jürgen, Blatt 1858,

für die Antragstellerin in Abt. III unter Nr. 8 zu Lasten des Grundstücks Percevalstraße 36 eingetragene Hypothek von 2500.— M.;

zu 2) des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 688,

für den Arzt Dr. med. Friedrich Hofhus Brewitt, Lübeck, in Abt. III unter Nr. 11 zu Lasten des Grundstücks Lindenstraße Nr. 4 eingetragene Hypothek von 350.— RM.;

zu 3) des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Westoc, Blatt 17, für den Gutsherrn Karl Erik Groß zu Gut Brandenbaum in Abt. III unter Nr. 10 zu Lasten des Grundstücks Brandenbaurer Landstraße 163 eingetragene Hypothek von 12 000.— M.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem Termine am Donnerstag, d. 20. Dezember 1928, 10 Uhr anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Lübeck, den 2. August 1928

1698

Das Amtsgericht, Abteilung 8

Nichtamtlicher Teil

Für erwies. Aufmerksamkeiten danken herzlich
Margarete Wagner
Karl Peukert

1691

Dienstag morgen entschließ' ich mich meine liebe Tochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin u. Tante

Elisabeth Voigt
herzbl. betrauert von allen Angehörigen

Beerdigung Sonnab. mittag, 11 1/2 Uhr, Vorwerk Kapelle.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschließ' heute vormittag plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Johann Rau
im 59. Lebensjahre. Tief betrauert u. schmerzlich vermisst

Emma Rau
geb. Böttcher und Kinder nebst allen Angehörigen
Lübeck, 7. Aug. 1928
Sadowastr. 16

Beerdig. Sonnab. vorm., 10 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Allen denen, die unserem lieb. Sohn die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so überaus reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Metallarbeiter-Verein, sowie Herrn Hauptpastor Boelke f. seine trostreiche Worte sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus.

Heinr. Wiegand und Frau 1584

Gesucht ordentliches Tagesmädchen
Kottwitzstraße 32

Gesucht sofort ein
Tagesmädchen
Frau Barth
Stotelsdorf, Lohstr. 2

Tagesmädchen
gesucht. Anfragen unt. L. 893 an die Exp.

Logis zu vermieten.
Friedenstraße 84 I, 1

Kl. Gasheerd of. bill.
Schumann, Fischstr. 8

Bill. 3. vfl. 4 Polsterstühle
Ziegelstraße 47 c

Zugestog. Kop. Taube
An der Mauer 102

Wer tapeziert klein Zimmer u. streicht Decke. Angebote mit Preis u. L. 894

Dr. Schmidt
Kinderarzt
am 9. Aug. v. d. Reise zurück

Dr. Poniemunski
ab Montag wieder Sprechstunden täglich 11-1 vorm., 4-5 nachm. außer Mittwoch u. Sonnabend nachmittag

Dr. med. Eschenburg
zurückgekehrt
Volksbühne
Carl Zuckmayer
Schinderhannes
Des rheinischen Revolutionärs Glück und Ende
Ein rein menschlich erschütterndes Schauspiel
2.50 RM.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46

Spieltarten
gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46



Wer probt, der lobt

GEG Zigaretten

aus reinen Orienttabaken, in neuer Mischung.

Hervorragend in Qualität, mild und pikant sind

- GEG Phantis . . . 4 Pf.**
- GEG Kisil 5 Pf.**

Sie bedeuten eine Glanzleistung und befriedigen auch den verwöhntesten Raucher.

Die beiden neuen Sorten „Phantis“ und „Kisil“ sind nunmehr in sämtlichen Warenabgabestellen vorrätig.

Außerdem führen wir in verbesserter Qualität

- GEG Gundra 3 Pf.**
- GEG Yatra 4 Pf.**
- GEG Arbeiter-Sportler 4 Pf.**
- GEG Zero 5 Pf.**
- GEG Gastalde . . . 6 Pf.**

GEG Zigaretten verdienen den Vorzug und sind nur zu haben

Konsumverein

für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 10. ds. Mts., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

- 1 Grammophon m. Schrank u. Platten, Anrichte, Wanduhr, Kommode, Spiegel, Kleider-, Büchers-, Geld-, u. and. Schränke, 1 Ladenschrank m. 3 Schubladen u. 2 Glasüren, 1 Geldkassette, Delbilder, Sofa, Chaiselongues u. 1 Decke, Stühle, Plüschstühle, Schreib- u. and. Tisch, 1 Druck- u. 1 Schneidemaschine, 2 Fernvielfältigungsapparate, Roll- u. 1 Eisentransportwagen, Damenschuhe, Herrenarbeitskleid, Herren- u. Damenregentmäntel, Kleider, Damenhemden, Hosen, Schürzen, Unterröcke, etwa 20 Kilo geräucherte Mettwurst, 1 Drilling u. a. m.

Ferner nachmittags 3 Uhr, Gartenstraße 21: 4 eintürige rohe Kleiderschränke, 2 rohe Schreibtische, 1 Waschkommode.

Die Gerichtsvollzieher

Leder-Gohlen

Auschnitt und Stepperei
Bischoff & Krüger
Königsstraße 93
Ede Wahnstraße

Schwarz-rot-goldene Fahnen

Zum Verfassungstag
in jeder Größe vorrätig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

In der **Theaterklausur** fühlt jeder sich zu Hause



schleppen Sie die Last Ihrer **Nieren- und Blasenleiden** noch länger mit sich herum? Befreien Sie sich von dieser Qual und trinken Sie

Kruse's Tee

Die Wirkung ist hervorragend
Viele Dankfragungen!
Fritz Kruse
Lübeck
Schüsselbuden 32
Palet à 1.— und 2.—

Werbt unablässig für eure Zeitung

Torfmulle 1687
Torfstreu
Liefere, auch frei Haus
Lüders & Hintz
Kanalstraße 50/58
(unterhalb Vohberg)

Harthe Sandmettwurst
Pfund 1.40 1.80 2.20 2.40
Wagener, Wahnstr. 10

Glas scheiben
mit
O. Tauchnitz, Glasbild
Fleischstr. 35 Tel. 28708
Bilder-Einrahmungen.

Uhren- u. Wecker
Ausführung u. Reparatur und Neuverfertigung sauber und billig.
Goldschmied Studel
Eig. Werkst. Königsstr. 82a

STÄATLICHE LOTTERIE EINNAHME
John
Lübeck
Schüsselbuden No 3-5
FERNRUUF: 26765 POSTSCHECK: HAMBURG 15406

Nie wieder Krieg!
Ernst Friedrich
Krieg dem Kriege
Guerre à la guerre
Ein erschütterndes Bilderwerk gebunden 5 Reichsmark
Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Eröffnung meiner **Frühstücks- u. Kaffeestuben**
Untertrave, Schuppen 9
am 8. August 1928
Helene Müller

Die beiden Bände des Bücherkreises
für das II. Quartal 1928
Der Sprung über den Schatten
Roman von Karl Schröder
Sozialdemokratische Lehrjahre
von Bernstein
sind erschienen — Preis je 3.— RM.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Margarethenburg
Jeden Mittwoch
Sanztränachen

Reichsverband der Berufsrafffahrer im Deutschen Verkehrsband Ortsgruppe Lübeck

Am Freitag, dem 10. August, abends 8 Uhr, findet im Restaurant von Karl Schüller, Bedergrube 57 die im August fällige **Mitgliederberlammung der Rafffahrer** statt.
Die Tagesordnung wird i. d. Berlammung bekanntgegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung

Pfeifentabak
in allen Preislagen.
C. Wittfoot
Königsstr. 18

ADLERSHORST
Morgen Donnerstag Beginn 8 Uhr und jeden Sonntag Beginn 6 Uhr der beliebte **Tanzabend**
Studenten-Kapelle „Schewa-Soba“
Stimmung! 1676 Humor!

„Mensch! — Rasiermesser? Verhafte Sie wegen verbotenen Waffentragens! Gegen Kühreraugen braucht man „Lebewohl!“
Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene **Kühreraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fusschweißschachtel (2 Bäder) 50 Pf. erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl in Blechdosen** und weisen andere angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.



Monat August

Der Dahlien buntes Sommerglück.
Der Rosen heißer Feuerblick.
Die Grillen kreischen ihre Geigen.
Von Früchten reich die Äste neigen.

Ganz langsam löst die Sonne aus.
Herr Mond sieht sich vors Sternenhäus.
Herr Mond — er raucht: die Funken sprühn:
Wie die Sternschnuppen tanzen und glühn!

Dies ist der Monat der wilden Liebe —
Wer jähmt die züngelnden Lebensliebe?
Licht flammen, was immer flammen will —
Die Flüsse stehen, kein Stern steht still.

Max Dorn

Die Fahnenstürmer

„Tag, Herr Schulze . . . wo ist denn Meier wieder . . . ?
daß der Mensch nie pünktlich kommen kann . . . Ein dunt-
les, Ober . . . Aber nicht so 'ne große Blume . . . is ja 'n
Skandal, wie schlecht bei Ihnen eingekauft wird . . .!“

„Haben Sie gelesen, Herr Knah? Bei Roland ist schon
wieder mal eingebrochen worden. Dabei hat er sich vor acht
Tagen erst dagegen versichern lassen. Na, ich will nichts gesagt
haben . . .!“

„Tag, Herr Meier . . . Na, warum kommen Sie denn
so spät? — — — Natürlich immer die alten Ausreden! Also
sagen wir an. Sie geben, Herr Lehmann . . .!“

1, 2, 3, 4, 5, 6 — Stimmt, richtig . . . Was sich diese Müller-
regierung für Sachen leistet, Herr Knah, haben Sie ge-
lesen? — — —“

„Natürlich habe ich's gelesen. Ein Saustall ist das, Herr
Meier . . . Sie haben schlecht gemischt . . . da liegt ja alles
noch zusammen.“

„Da haben Sie doch den hochverdienten Herrn von Kamecke
richtiggehend hinausgeschmissen . . . Und den Bruder des
Herrn von Reudell auch . . . Und jetzt diese klüchtige Dame,
die beim Schulgeschick mitgeholfen hatte . . . Ja, dieser Jude
Severing . . . Ober . . .!“

„Ober!! Na, Sie nehmen sich wirklich Zeit! Ihr Vor-
gänger war da aber anders, wissen Sie . . . Der sprang, wenn
er auch 65 Jahre alt war! — — — Also, was ich doch sagen
wollte . . . — haben Sie Salz ins Bier getan? Das schmeckt
ja so merkwürdig bitter.“

„Spielen Sie aus, Herr Schulze . . . So, Sie legen noch
ab. Wie lange dauert denn das bei Ihnen . . . ? Und das
Reichsbanner, Herr Knah . . . Das schwarz-rot-gelbe Reichs-
banner! Haben Sie denn gelesen? — — — Die wollen jetzt
sogar in den Seebädern demonstrieren!“

„Ein Skandal ist das, ein himmelschreiender Skandal. So
etwas wird gebildet! Da sieht die Polizei ruhig zu! Hier
zieht's ja so schrecklich! Ober!! Ober!! So, Sie sind schon da?
Sagen Sie mal, steht hier ein Fenster auf? Das zieht ja hunds-
gemein . . . Wie meinen Sie? — — — Was . . . ? Kein
Fenster auf? . . . Na, dann ist gut! — — — Diese Re-
publikaner machen ja Krach ohne jeden Grund! weil die empör-
ten Badegäste so 'n paar schwarz-rot-gelbe Fahnen abgerissen
haben, wollen die vom Reichsbanner demonstrieren . . . Is
doch ganz in der Ordnung, das mit dem Abreißen . . . Das
ist doch keine deutsche Fahne, das ist ein Judenabzeichen! So
was muß runter!! Habe ich nicht recht, Herr Schulze? — — —“

„Sie müssen doch bedienen, Herr Lehmann!“

„Wollt Recht haben Sie, Herr Knah. Natürlich! Nach
Dahme und Scharbeug wollen sie gehen diese Judenkümmel!“

„Das ist doch nader Terror!“

„Lassen wir uns nicht gefallen, Herr Knah . . .!“

„Als deutsche Männer, Herr Lehmann . . .!“

„Da wird Blut fließen, Herr Knah . . .!“

„Nieder mit dem Weimarer Dreieck . . .!“

„Nicht so laut, meine Herren . . . Wissen Sie — — —
der Ober . . . ?! — — —“

K. Ka-Bl.

ml. Nahe Wiedererwärmung. Der seit geraumer Zeit
zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mitteleuropa herr-
schende beträchtliche Unterschied in den Wärmeverhältnissen hat
seinen Ausgleich durch erhebliche Temperaturrückgänge auch im
Süden gefunden, die durch Gewitter, landregenartige Nieder-
schläge und stellenweise, wie in der Bamberger Gegend, durch
Wirbelstürme eingeleitet wurden. Der Kalteinbruch erfolgte
auf der Rückseite einer Störung, die zu Ende der Woche über
Frankreich und Spanien entstanden war, und die durch die gro-
ßen Temperaturgegensätze bemerkenswerte Energie gewann. Im
Gegensatz zum Süden, wo die Wetteränderung mit großer Behe-
menz vor sich ging, bot Norddeutschland während der letzten
Tage das Bild einer sommerlichen Regenperiode mit zunächst
noch ziemlich hohen Temperaturen, die erst Montag zu sinken
begannen, nachdem rasche und starke, von Westen nach Osten sich
fortplanzende Drucksteigerungen den Vorübergang des Tiefdruck-
wirbels und das Nachdrängen der nördlichen Kaltluft anzeigten.
Die zurzeit erfolgende Zunahme des Luftdrucks wird sich, wie
bereits im deutschen Westen, schnell auch in den östlichen Landes-
teilen zur Geltung bringen, wo die Regenschauer gleichfalls
nachlassen und von heiterer, wärmerer Witterung abgelöst wer-
den. Ob die Wiederkehr sommerlichen Hochdruckwetters jetzt von
Dauer sein wird, das bleibt freilich noch abzuwarten.

Das zweite D-Zug-Paar Berlin-Lübeck-Kiel, das wieder-
holt von den Handelskammern von Lübeck, Kiel und Berlin so-
wie vom Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in Lübeck em-
pfohlen ist, hat bei der Ende Juni in Mannheim abgehaltenen
Sommeritzung des Fahrplanausschusses des Deutschen Industrie-
und Handelstages den Gegenstand lebhafter Erörterung gebildet
und ist zur Annahme empfohlen. Ferner sind die ebenfalls von
Lübeck dringlich empfohlenen Anschlußzüge an den Nord-Süd-Zug
Kleinen-Ludwigslust-Wünnchen von Lübeck nach Ludwigslust

Wenn die Truſtſherren ſtreiken — hungern die Proleten

Gleichwege des Werſtkapitals

Wenn ſich der folgende Bericht auch in erster
Linie mit Vorgängen in Bremen und ſeiner
Nachbarschaft beſchäftigt, ſo haben wir Lübecker
doch allen Anlaß, die Augen aufzuhalten, denn ge-
rade die hier genannten Bremer Kreiſe ſind be-
reits, auch die Werſten und Reedereien der
Diksee in ihre Gewalt zu bekommen. Was das
für Lübeck bedeuten würde, darüber gibt ſich wohl
niemand Illuſionen hin.

An der bremiſchen Waſſerlinie iſt der Kampf um die Still-
legung der Tecklenborgwerft in Weſermünde jetzt in
ein entscheidendes Stadium getreten. Die Direktion der Deſchimag-Konzerns (Deuſche Schiffs- und Maſchinenbau-A.-G. Bremen) hat beſchloſſen, das ganze Werk zu verſchrotten
und hat ein entſprechendes Inſerat bereits in der „Weſer-Ztg.“
veröffentlicht, das die geſamten Einrichtungen und Anlagen
mit etwa 1000 Maſchinen zum Verkauf anbietet. Der Still-
legungsantrag liegt bei der Regierung in Stade bereits vor, und
in den nächſten Wochen wird die Entſcheidung des Demobilis-
mungskommiſſars zu erwarten ſein. Inzwiſchen ſind die Ver-
treter der betroffenen Belegſchaften nicht müſſig ge-
weſen. Delegierte des Metallarbeiter-Verbandes und des Be-
triebsrates ſind bei der preußiſchen Staatsregierung vor-
geſtellt worden und erwarten von ihr, daß ſie nichts unversucht
läßt, um die Stilllegung zu verhindern. Inbeſondere fordern
die Arbeitervertreter, daß die beſtehenden Vorſchriften über die
Stilllegungsverordnung auch von der Leitung des Deſchimag-
Konzerns eingehalten werden, und daß der Stadtverwaltung
von Weſermünde Gelegenheit gegeben wird, in dem bevorſtehen-
den Demobilisierungsverfahren die Wünſche der Bevölkerung
vorzubringen.

Die große Vertruſtungsaktion

Angeſichts dieſer Vorgänge und der Stilllegung der ſeit 80
Jahren beſtehenden Tecklenborgwerft lohnt es ſich, die Ver-
truſtungsaktion in der Werſtinduſtrie näher anzufehen.
Im Dezember 1926 nahm durch die Verſchmelzung der Tecklen-
borgwerft und des Hamburger „Vulkan“ mit der Weſer-
werft-A.-G. in Bremen der Vertruſtungsprozeß zahlreicher
Werſten ſeinen Anfang. Der Manager dieſer Ausdehnungs-
politik war der Bremer Großbankier Schröder, der einen
Nordſeewerſt mit dem Schwerpunkt in Bremen und beherr-
ſchendem Einfluß in Hamburg erſtrebte. Dieſe Machtpolitik
Schröders, der übrigens in den Aufſichtsräten von nicht weniger
als fünfzig Geſellſchaften vertreten iſt, wurde damals
durch den Widerſtand der Hamburger Großwerſten aufgehalten.
Um ſo erſolgreicher war jedoch ſeine Politik in den Diſſeſchäfen,
wo es ihm im vorigen Jahre gelang, kurz hintereinander vier
Werſten, darunter den bekannten „Stettiner Vulkan“, der
Deuſchen Schiffs- und Maſchinenbau-A.-G., der Nachfolgerin
der A.-G. Weſer anzufuſſen.

Zur Begründung der Fuſion mit der Stettiner Großwerft
erklärte im Dezember 1927 beide Verwaltungen, daß mit dem
Zuſammenschluß nur künftigen ſchlechten Zeiten vorgebeugt wer-
den ſollte und daß im Rahmen des Deſchimag-Konzerns den erſt-
klaſſigen Turbinen- und Maſchinenbetrieben des „Stettiner
Vulkan“ am beſten gute Beſchäftigung geſichert ſei.
Dieſe Begründung wurde ſeinerzeit von der Direktion der De-
ſchimag noch dahin ergänzt, daß die überklaſſeten Bremer
Maſchinenbetriebe ſofort einen Teil ihrer Aufträge nach Stettin
abgeben ſollten.

Daher kam der im März dieſes Jahres, also nur drei Monate
ſpäter, geſtellte Stilllegungsantrag der Deſchimag für den „Stet-
tiner Vulkan“ höchſt überraschend. Zugunſten der auf die
Straſe geworfenen Belegſchaften machen ſich noch heute die
Städt Stettin und der preußiſche Staat die größten Sorgen.

Die Aushungerung von Tecklenborg

Jetzt ſoll die Belegſchaft der Tecklenborgwerft das Schickſal
ihrer Stettiner Kameraden teilen. Die Direktion der Deſchimag
hat die Stilllegung mit der Unwirtſchaftlichkeit des Betriebes
und der zunehmenden Beſchäftigungsloſigkeit in der Werſtindu-
ſtrie überhaupt zu begründen verſucht. Sie hat auch nicht ver-
ſäumt, den „zwangsweiſen“ Achtkundentag, der die Kon-
kurrenz mit dem Ausland unmöglich mache, für ihre Aktion
verantwortlich zu machen. Zunächst iſt der Hinweis auf
den Achtkundentag zurückzuweiſen. Abgesehen davon, daß die
Tarifverträge der Werſtarbeiter beweifen, daß auf deutſchen
Werſten neun Stunden gearbeitet wird, wird die Deſchimag-
Direktion nicht abſtreiten können, daß in den engliſchen Schiffs-
baubetrieben der Achtkundentag Allgemeyntut iſt. Aber auch
die übrigen Erklärungen der Verwaltung bezwecken nichts an-
deres, als der Öffentlichkeit über die wahren Beweggründe
Sand in die Augen zu ſtreuen.

beſtimmter. Das Protoſoll über die wichtige Sitzung, die unter
dem Vorſitz des Herrn Geheimrat Dr. h. c. Hagen-Röhl ſtatt-
fand, beſagt, wie der Verkehrsband Lübeck mittelſt, folgendes:
Die Anträge, Anſchlußzüge Lübeck-Ludwigslust an D 183/184
zu fahren und Kutsowagen Kopenhagen-Wünnchen-Italien ein-
zuſtellen, werden nach längerer Ausſprache angenommen, da das
Bedenken des häufig unpünktlichen Verkehrs der Fahrſchiffe
Gleſer-Warnemünde nicht als begründet angeſehen wurde. Der
Antrag, neue D-Züge Berlin-Lübeck-Kiel in Kreuzung mit
D 183/184 zu fahren, wurde angenommen, er ſtellt im übrigen
eine Erweiterung des die Anſchlußzüge Lübeck-Ludwigslust be-
handelnden Antrages dar. Nachdem der Fahrplanausſchuß des
„Deuſchen Industrie- und Handelstages“ ſich zuſtimmend ver-
halten hat, iſt zu erwarten, daß auch die Reichsbahn ihre Zu-
ſtimmung nicht verſagen wird. — Von einer Verlängerung der
Fahrſtredes der D-Züge Berlin-Lübeck-Kiel bis Flensburg, wie
vom Verkehrsband Lübeck empfohlen, iſt vorab noch nicht die
Rede.

Travemünder Flaggen. Von der Travemünde-Linie wird
uns geſchrieben: Auf der Kaiſerbrücke in Trave-
münde, dem Anlegeplatz der Dampfer der Travemünde-Linie
und der Hallandlinie, weht ſeit einigen Tagen neben der Lübecker
Flagge auch die Dänemarks. Die Beflaggung ſoll auf den Ver-
kehr nach Kopenhagen und Lübeck aufmerkſam machen, den die
Dampfer der beiden Linien vermitteln. — Verkehr mit Deuſch-
land ſcheinen die Reedereien nicht zu pflegen. Daß man, wie

Zu Beginn des Jahres hatte der Deſchimag-Konzern Bau-
aufträge für 164 000 Tonnen Schiffsraum, das war rund ein
Drittel des Auftragsbeſtandes jänlicher deutſcher Werſten. Das
Stammunternehmen des Konzerns, die Weſerwerft in Bremen,
war mit Aufträgen ſo überklaſſet, daß ſogar auswärtige
Arbeitskräfte von Wilhelmshaven, ja ſogar von Schleißen her
eingestellt werden mußten. Dagegen erhielten die ſo ſieſmütter-
lich behandelten Tecklenborg-Betriebe nicht einmal die neuen
Abdampfſturbinen in Arbeit, für die auf dieſer Werft monatlang
ein großer Technikerſtab zu Verſuchszwecken arbeitete.

Skandalös und für die von der Arbeitsloſigkeit bedrohten
Belegſchaften in höchſtem Maße erbitternd aber iſt, was ſich kürz-
lich bei der Vergebung eines Großauftrages des Nord-
deuſchen Lloyd abgeſpielt hat. Im Mai hatte der Norddeuſche
Lloyd der Deſchimag ſechs Dampfer zu je 8500 Tonnen in Auf-
trag gegeben. Dabei war von dem Norddeuſchen Lloyd zur Be-
dingung gemacht, daß zwei von dieſen Dampfern auf der Teck-
lenborgwerft gebaut werden ſollten. Ob die Deſchimag-Verwal-
tung dieſe Forderung des Norddeuſchen Lloyd direkt abgelehnt
hat, iſt nicht bekannt.

Ebenſo unüberſichtlich aber iſt dann das plötzliche Zurücktreten
des Norddeuſchen Lloyd von dem Auftrag, obwohl dieſer bereits
verbindlich erteilt war. Der Widerſtand der Deſchimag-
Direktion gegen den Vertragsbruch des Norddeuſchen Lloyd,
der inzwiſchen zwei Dampfer an Blohm & Voß in Hamburg
vergeben hatte, wurde durch den Aufſichtsratsvorſtanden der
Deſchimag, den genannten Bankier Schröder, gebrochen.
Preisdiſſerenzien können keine Rolle geſpielt haben, denn wie der
Betriebsrat des Deſchimag-Konzerns mitteilt, hat der Nord-
deuſche Lloyd Blohm & Voß in Hamburg pro Dampfer 100 000
Mark mehr zugestanden.

Dieſe Machenschaften bedürfen dringend der Aufklärung.
Die Frage iſt, was hat den Großfinanzier Schröder bewogen,
ſeinen Einfluß im Aufſichtsrat der Deſchimag geltend zu machen,
um den Norddeuſchen Lloyd von den Bindungen des bereits
abgeſchloſſenen Vertrages zu befreien? Welleiſt wird die An-
gelegenheit etwas klarer, wenn man weiß, daß Herr Schröder
auch im Aufſichtsrat des Norddeuſchen Lloyd vertreten iſt.
Zweifellos iſt dieſe Interſeſſenverflechtung für den
Lauf der Dinge ausſchlaggebend geweſen.

Es ſcheint ſo zu ſein, daß der Deſchimag-Konzern die ſechs
Dampfer zum Bau erhalten hätte, wenn er die Forderung des
Norddeuſchen Lloyd, zwei Dampfer auf den Hellingen der Teck-
lenborgwerft zu bauen, erfüllt hätte. Die zweite Frage iſt also,
was die Direktion der Deſchimag veranlaßt hat, der Baubedingung
des Norddeuſchen Lloyd nicht zu entſprechen? Sollte auf
der Tecklenborgwerft nicht gebaut werden, um mit dem neuen
Auftrag für Tecklenborg die ſchon inſgeheim beſchloſſene Still-
legung nicht zu erſchweren?

Geld ſchließt den Mund

Daß mit dem Verkauf und der Verſchrottung der Tecklen-
borgwerft das Schickſal von 2000 Arbeitern mit ihren Familien,
also von etwa 10 000 Menſchen, für abſehbare Zeit beſtegt iſt,
daß eine ganze Stadt wie Weſermünde, deren Wohl und Wehe
mit einem Großbetrieb, wie Tecklenborg, aufs engſte verknüpft
iſt, gleichfalls von der Stilllegung ſchwer betroffen wird, küm-
mer den Finanzmann Schröder und die Deſchimag-Direktion
offenbar nicht im geringſten. Den Direktoren, die eventuell auch
von der Entlaſſung in Mitleidenschaft gezogen werden, wird
man durch hohe Abfindungen ſchon den Mund ſtopfen. In dieſer
ſicht braucht Herr Schröder nicht erst von der Reichs-
riegwerft in Hamburg zu lernen, die trotz ihrer immer
wieder betonten Notlage im vergangenen Herbst zwei Direktoren
Abfindungen von 250 000 und 400 000 Mark zahlte, obwohl der
eine kaum ein Jahr im Dienſte der Geſellſchaft ſtand. Daß die
auf die Straſe geſetzten Arbeiter und Angeſtellten dabei um ſo
ſchlechter behandelt wurden, verſtand ſich von ſelbſt.

Auch die Bremer Werſtinduſtrie, die jahrelang mit Reichs-
geldern geſpeiſt wurde, und jetzt wieder nach neuen Subventionen
ſchreit, verſteht es, großzügige Abfindungssummen zu zahlen.
So hat Herr Friß Tecklenborg, der ſich nach der Fuſion mit der
Direktion der Deſchimag überworfen hatte, in ſeinem Verger
einiges ausgeplaudert. Die ſeinerzeitige Verſchmelzung war,
wie ein längerer Prozeß zeigte, nicht ganz harmlos. Und um
die nächſtbeteiligten Herren an den führenden Stellen zu be-
ruhigen, ſoll die Deſchimag-Verwaltung drei früheren Direktoren
der Tecklenborgwerft 300 000 Mark und fünf Aufſichtsräten
240 000 Mark gezahlt haben.

Dieſe Zuſammenhänge müſſen den beteiligten Regierungs-
ſtellen zum Anlaß dienen, den Erklärungen der Deſchimag-Ver-
waltung mit äußerſter Vorſicht zu begegnen. Aufgabe
des Demobilisierungskommiſſars wird es ſein, in die dunklen
Zuſammenhänge des verlorenen Großauftrages des Norddeuſchen
Lloyd Licht zu bringen, da hierdurch erſt die Stilllegung der
Werft ſpruchreif geworden iſt. B—e.

es das primitivſte nationale Anſtandsgefühl verlangt, neben der
dänischen auch die deutſche Flagge gehißt habe, wird jedenfalls
nicht bezichtigt.

Perſonalwechſel im Landesfinanzamt. Der Regierungsbau-
rat Sonnenburg vom Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck in
Schwerin iſt am 1. August d. J. auf ſeinen Wuſch, nachdem er
in Schwerin 16 Jahre in den verſchiedenſten Stellen tätig ge-
weſen iſt, nach Berlin verſetzt worden. Sein Nachfolger, der
Regierungsbaurat Göbcke v. Adlersberg vom Landesfinanzamt
Stettin hat ſeine Dienſtgeſchäfte beim Landesfinanzamt am 1.
August aufgenommen.

Achtung Arbeiterſtenographen! Man ſchreibt uns: Die bür-
gerlichen Stenographenvereine prohen gern und bei jeder Ge-
legenheit mit ihren hohen Mitgliedszahlen. Dieſe Zahlen wer-
den aber außerordentlich zuſammengeſtrampelt, wenn die zahl-
loſen Weitläufer aus dem Angeſtellten- und Arbeiterſtände, die
zwar ihrer Gewerſchaft und zum Teil auch der Partei an-
geſchloſſen ſind, ſonſt aber noch den bürgerlichen Vereinen
nachlaufen, den Weg in die eigenen Bildungsorganizationen der
laſſenbewußten Arbeiterſchaft finden würden. Für die Er-
lernung und Pflege der Kurzſchrift in den breiten Volkſchich-
ten beſteht der Arbeiterſtenographenverband für
das deutſche Sprachgebiet, der Angehörige der ver-
ſchiedenen Systeme umfaßt und bereits in 30 deutſchen Städten
durch feſtgegliederte Ortsgruppen vertreten iſt. Wo ſolche Orts-

Neues aus aller Welt

Italienisches U-Boot gesunken

Das Boot gerettet — Die Insassen alle tot

Rom, 7. August

Das italienische U-Boot „F. 14“ ist bei einer Flottenübung in der Nähe der Insel Brioni beim Auslaufen von einem Zerstörer gerammt worden und sofort gesunken. Das Boot liegt, wie ein offizielles Kommuniqué erklärt, in einer Tiefe von etwa vierzig Metern, sieben Seemeilen westlich von Brioni und dürfte unerschütterlich geringe Beschädigungen davongetragen haben, da die Besatzung sich bereits mittels eines Unterwasseratmungsapparates mit den Vergungsschiffen in Verbindung gesetzt und gemeldet hat, daß sie vollständig am Leben ist. Taucher und Hebeschraube sind bereits an der Unglücksstelle eingetroffen; die Rettungsarbeiten werden jedoch durch hohen Seegang beträchtlich erschwert.

Die Katastrophe des italienischen U-Bootes „F. 14“ ereignete sich 7 Meilen westlich der Insel Brioni. Das U-Boot sank sofort auf den Meeresgrund, während der Zerstörer „Mistral“ nur leicht beschädigt wurde. Den mit den Vergungsschiffen beschäftigten Tauchern ist es bereits gelungen, im Laufe der Nacht ein Luftzuführungsrohr in das gesunkene Boot zu legen. Außerdem wurden um das U-Boot Stahlbänke gelegt. Der kleine Kreuzer „Aquila“ befindet sich schon an der Rettungsstelle. Zwischen der Besatzung des gesunkenen Schiffes und einem der Vergungsschiffe besteht telephonische Verbindung. Man vermutet, daß ein Teil der aus 31 Köpfen bestehenden Mannschaft dem durch das Leck eindringenden Wasser zum Opfer gefallen ist. Da die Gefahr besteht, daß die Wasserdrücken Abteilungen im U-Boot jeden Augenblick unter dem Wasserdruck nachgeben können, werden die Rettungsarbeiten, die durch den hohen Seegang sehr erschwert werden, fieberhaft betrieben. Die Unglücksstelle liegt am Eingang des Golfes von Pola, der italienischen Marinebasis an der oberen Adria. „F. 14“ gehört zu den kleinsten U-Booten der italienischen Marine; es hat eine Raumverdrängung von 250 Tonnen und sollte im nächsten Jahre außer Dienst gestellt werden.

Rom, 8. August (Radio)

Das U-Boot „F. 14“ ist um 18.30 Uhr gehoben worden. Die Mannschaft war nicht mehr am Leben.

Sihewelle in Amerika und Italien

Am Sonntag ging über die östlichen Staaten eine Sihewelle hinweg, die 10 Todesopfer forderte. Zahlreiche Personen erlitten einen Hitzschlag. Später folgende, von Wolkenbrüchen begleitete Gewitter verursachten, namentlich in Massachusetts, schweren Sachschaden. Im Staat Newyork zerstörte ein vom Blitz gefällter Baum drei Automobile; vier Personen wurden verletzt. — Aus Pisa meldet L'Avoro d'Italia fünf schwere Fälle von Hitzschlag, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Das südlige Eisenbahnviadukt. Am Dienstag morgen gegen 3 Uhr entgleiste dicht vor der Einfahrt in die Station Alfeld bei Hannover die Lokomotive, der Packwagen und drei Wagen eines Güterzuges. Die Güterwagen wurden vollständig zerstört, der Packwagen leicht beschädigt. Ein Beamter erlitt erhebliche Verletzungen. Die Gleise waren mehrere Stunden hindurch gesperrt. Die Untersuchung ergab, daß Gleis und Weiche in Ordnung waren. Man vermutet, daß die Maschine in der ziemlich scharfen Kurve aus dem Gleis gesprungen ist.

Ein amerikanischer Schnellzug entgleist. Auf der Illinois-Central-Railroad bei Mounds im Staate Illinois (Nordamerika) entgleiste ein Schnellzug und fuhr in einen in entgegen gesetzter Richtung fahrenden Personenzug, der die Strecke passierte, hinein. Sechs Waggons wurden umgeworfen und teilweise zerstört. Bisher konnten neun Tote und über sechzig schwerverletzte geborgen werden; man nimmt jedoch an, daß sich noch zahlreiche Tote und Verwundete unter den Trümmern befinden.

17 Schiffspassagiere verbrannt. In der Nähe von Asuncion in Paraguay an der südamerikanischen Küste geriet aus noch nicht geklärt Ursache ein Segelschiff in Brand. 17 Personen, darunter 15 Frauen, verbrannten.

Amerika Leichtathletik-Sieger. Die olympischen Leichtathletischen Kämpfe in Amsterdam endigten mit einem Siege Amerikas, das 69 Punkte erzielte. Zweiter wurde Finnland mit 44, dritter Deutschland mit 39 Punkten. Es folgen Schweden mit 38 und England mit 29 Punkten.

Massenakt auf ein amerikanisches Gefängnis. In Newbedford (Massachusetts) mußten Truppen aufgeboten werden, um eine 1000köpfige Menge, die 256 wegen Streikausbrechungen im Gefängnis sitzende Textilarbeiter befreien wollte, zu zerstreuen. Das Militär mußte mit dem Bajonett gegen die Menge vorgehen.

sind aber sonst bei beiden „kirchlichen Versicherungen“ die gleichen. Im Ausschussrat des „Atlas“ sitzen in hohler kirchlicher Eintätigkeit Vertreter des Caritasverbandes und der Inneren Mission zusammen. Interessante Grenzfragen bleiben nicht aus. Die Caritas sagt: „Wir dürfen die in kirchlicher Ehe lebenden Protestanten nicht abweisen, wenn sie zusammen mit dem katholischen Teil der Caritas-Versicherung beitreten wollen“. Die Evangelische Sterbevorsorge dagegen will in „mehrheitlich protestantischen Orten alle Familien, auch die katholischen“ aufnehmen. Von gewiß unverdächtig Seite, die mit der freien Arbeiterbewegung nichts zu tun hat, aber jenen kirchlichen Kreisen nahesteht, sind diese Nebengeschäfte der Caritas und der Inneren Mission als „Rettenhandel mit Versicherungen“ bezeichnet worden. „Warum besaßen sich Caritas und Innere Mission überhaupt mit Versicherungseinrichtungen?“ fragt diese Seite; und die Antwort lautet: „In der Hauptsache um Geld zu verdienen“. Es kommt ihnen anscheinend weniger darauf an, dem Katholiken oder Protestanten eine gute und preiswerte Versicherung zu bieten; denn das können große und wirklich leistungsfähige Versicherungsunternehmen viel besser, sondern um selbst hörende „im deutschen Versicherungsgewerbe bisher nicht bekannte Provisionssätze“ zu erhalten. Ganz offen hat man zugegeben, auf dem Umwege über eine Versicherung den Einfluß der Kirche zu stärken. Aber nicht eine kirchliche Versicherung geht man bei der Sterbevorsorge ein, sondern man versichert sich in Wirklichkeit bei einem privaten Versicherungsunternehmen, insbesondere dem „Neuen Atlas“. Daran wird auch nichts geändert, wenn es auf Flugblätter der Caritas und der Inneren Mission heißt: „Die Pfarrämter erteilen gern Auskunft in dieser wichtigen Sache“, oder wenn die Kanzel oder der Beichtstuhl — was wiederholt vorgekommen ist — mißbraucht wird, um für die „kirchliche“ Versicherung Propaganda zu machen. Die deutsche Arbeitnehmerschaft weiß, wo sie sich versichert. Sie hat vor 15 Jahren durch die freien Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften eine eigene große und leistungsfähige Versicherungsgesellschaft geschaffen, die allerdings „konfessionell neutral“ ihren Dienst am Volke tut.“

Wie die Polen niedergingen

Die schwierigen Rettungsarbeiten der „Samos“

Wie aus Lissabon gemeldet wird, haben die polnischen Flieger, als sie sich über die Unmöglichkeit der Fortsetzung ihres Fluges klar waren, den deutschen Dampfer „Samos“ überfliegen und auf der Brücke eine Röhre mit einer Botschaft abgeworfen, in der sie den Kommandanten des Dampfers ersuchten, Vorbereitungen zu ihrer Ausnahme zu treffen. Nach einer Zustimmung gingen sie dann um 12 Uhr mittags nieder.

Major Kubala einer der beiden polnischen Ozeanflieger, teilte dem Korrespondenten eines Warschauer Blattes mit, das polnische Transozeanflugzeug sei beim Abflug zweimal auf das Meer niedergefallen. Das erste Mal gelang es den Fliegern, wieder hochzukommen, das zweite Mal aber nicht. Die Flugdauer betrug insgesamt 38 Stunden. Ueber die Befragung des Dampfers „Samos“, dem die polnischen Flieger ihre Rettung verdanken, sowie über den tatkräftigen Kapitän des deutschen Dampfers erklärte Kubala, nur Worte der größten Anerkennung finden zu können. Die Verletzungen Kubalas sind unbedeutend. Noch in dieser Woche wird er nach Paris zurückkehren. Der Chef des polnischen Flugwesens, Kajtka, erklärte, daß er den Abflug der Flieger billige, zumal infolge der Erreichung der Azoren erst nach 24 Stunden der Benzinvorrat bis nach Halifax nicht gereicht hätte.

Nachrichten der Mittagspresse aus Oporto zufolge gelang es dem deutschen Dampfer „Samos“ nur mit Mühe, die beiden polnischen Flieger zu retten. Vier Stunden lang wurde das auf dem Ozean niedergegangene Flugzeug von den Wellen geschüttelt und immer mehr vom nahenden Untergang bedroht. Nur durch ein Wunder wurden die beiden Insassen nicht von den Wellen verschlungen. Es bedurfte einer vollen Stunde, um die beiden Schiffbrüchigen an Bord der „Samos“ zu nehmen.

Onkel und Nichte auf Reisen

Die Strafanträge im Handwerkskammerprozess

In der Sonnabend-Sitzung beschäftigte man sich ausschließlich mit der Präsenzfrage. Wolf hat, auch wenn die Sitzungen nur wenige Stunden dauerten, stets die höchsten Präsenzen bezogen. Für 14 Sitzungen und 27 Tagungen, die überhaupt nicht stattgefunden haben, hat er ebenfalls Präsenzen gefordert und erhalten. Es handelt sich dabei um Beträge, die in die Tausende gehen. Besonders toll trieb es Dr. Gerhardt. Ihm stand bei Reisen nach auswärts ein Tagelohn von 15 Mark zu; er verrechnete aber 50 Mark pro Tag und auch für mehr Tage, als er in Wirklichkeit abwesend war. Auf diese Weise verschaffte er sich eine Nebeneinnahme von mehreren tausend Mark. Wolf und Dr. Gerhardt trafen jeweils entsprechende Vereinbarungen und lebten feodal auf Kosten der Handwerkskammer.

In der Montag-Verhandlung kamen außerdem die fiktlichen Verrechnungen des Angeklagten Wolf zur Sprache, der bei seinen Dienstreisen in Hotels als Stadtrat Wolf mit Tochter abgestiegen war, jedoch mit seiner Nichte, deren Vormund er war, die Doppelzimmer benutzte, die er der Handwerkskammer in Rechnung stellte. Dann begannen die Plaidoyers der Staatsanwälte Gehrod und Sittich, die die Anklage vertreten. In den späten Nachmittagsstunden stellte der Staatsanwalt Gehrod folgende Strafanträge:

Gegen den Angeklagten Wolf wegen fortgesetzten Verbrechens der erschweren Untreue und Unterschlagung, wegen Anstiftung zur Untreue und wegen Urkundenverfälschung sowie wegen eines Verbrechens gegen die Stillschließung eine Gesamtgefängnisstrafe von vier Jahren sechs Monaten, und drei Jahre Ehrverlust. Der Anrechnung der Unterjüngerschaft trat Staatsanwalt Gehrod entschieden entgegen, da dies eine Befolgung für hartnäckiges Beugnen bedeuten würde.

Gegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von 15 Tagen bis 3 Jahren beantragt.

Naturkatastrophe bei den Antipoden

Die Sunda-Insel Flores ist von einem schweren Vulkanausbruch und einer Springflut heimgesucht worden. Einzelheiten über das Unglück, bei dem 20 Schiffe untergegangen und viele Menschen umgekommen sein sollen, fehlen noch.

20 000 Reichsmark auf dem Gericht gestohlen. Auf der Abrechnungsstelle des Amtsgerichts Berlin-Weidling ist ein schwerer Diebstahl verübt worden. Der Kalkulator Schärpel rechnete mit einem Beamten ab und empfing 20 000 Mark, die er in einem Briefumschlag auf sein Pult legte. Der Beamte entfernte sich und es fanden sich schließlich mehrere Leute ein, die Auskünfte verlangten oder kleinere Summen einzahlen wollten. Als Sch. die Besucher abgefertigt hatte, bemerkte er, daß das Kupert mit 20 000 Mark verschwunden war. Von dem Dieb, der sich offenbar unter das Publikum gemischt hatte, fehlt jede Spur.

Neue Erfindungen in der Flugtechnik

Der Hamburger Erfinder Boerner hat auf dem Gebiete der Flugtechnik eine Reihe beachtenswerter Erfindungen gemacht. Von dem Gedanken ausgehend, daß der heutige Flugverkehr viel zu kostspielig ist und nur durch angemessene Unterführungen des Staates aufrechterhalten werden kann, hat er einen Motor konstruiert, der es dem Flieger ermöglicht, bis auf 15 Kilometer Höhe zu steigen. Es handelt sich um einen sogenannten „Werkammer-Motor“. Der Vorteil bei Benutzung dieses Motors besteht darin, daß die Geschwindigkeit des Flugzeuges in großer Höhe, infolge des schwächeren Luftwiderstandes, gewaltig vermehrt werden kann. Außerdem ist ein solches Flugzeug in der Lage, viel mehr Nutzlast mitzuführen, als die heutigen Typen. Die Veränderung der Temperatur und die Verdünnung der Luft in großer Höhe wird dadurch überwunden, daß das Flugzeug mit einer luftdichten Kabine versehen wird. Durch besondere Vorrichtungen wird dafür gesorgt, daß die Luft in der Kabine genügend Sauerstoff enthält, die für die Lebensbedingungen des Menschen erforderlich ist.

Vollkommen neu ist die Idee eines „propellerlosen Flugzeuges“. Wer aufmerksam den Flug der Möwe beobachtet, wird bemerken, daß die Möwe selbst bei starkem Wind „gegen den Wind“ segeln kann. „Segeln“, das heißt, ohne Bewegung der Flügel. Wehliche Erscheinungen hat man bei den Fischen beobachtet, die sich gleichfalls ohne Flößenbewegung gegen den Strom bewegen. Das Geheimnis dieser Natureigenart blieb lange unentdeckt. Der Erfinder Boerner glaubt nun, die Ursache in der „Narbung“ zu sehen. Das Gefieder des Vogels und die Schuppen der Fische ermöglichen eine Gegenwirkung. Auf Grund dieser Erfahrungen hat Boerner ein vogelähnliches, propellerloses Flugzeug konstruiert, das in der Lage ist, die Gegenwinde zur gesteigerten Fortbewegung auszunutzen.

Immer neue Gedanken tauchen auf. Zu guter Letzt wird einzig allein die Rentabilität einer Erfindung den Ausschlag geben. Boerners Konstruktionen sollen auf diesem Gebiet allen andern voraus sein. Die Zukunft wird zeigen, ob er recht hat.

stippen nicht bestehen, kann man sich der korrespondierenden Mitgliedschaft des Verbandes anschließen, deren Vorsitzender Hubert Hoch, München-Grubbad, Neuwerk Hoven 106, zu jeder Auskunft ebenso bereit ist wie der Verbandsvorsitzende Genosse Dietrich Helmert, Bremen 8, Burghardstraße 20. Das Organ des Verbandes, der „Schriftgenosse“, erscheint bereits im 19. Jahrgang. Wenn alle Klassenbewußten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts, die jetzt noch den bürgerlichen Stenographenvereinen angehören, diesen den Rücken kehren und zum Arbeitersteno-graphenverbande übertritten würden, dann würde von manchem bürgerlichen Verein nicht mehr viel übrig bleiben. Die Arbeitersteno-graphenbewegung aber würde eine weitere erfreuliche Belebung und Stärkung erfahren, zum Vorteil und zum Nutzen der Gesamtbewegung der Klassenbewußten Angestellten — und Arbeiterschaft.

Polizeihundprüfung. Der Zweigverein des ersten Deutschen Polizeihundvereins, e. V. hielt am Sonnabend, dem 4. und Sonntag, dem 5. d. Mts., seine Jahresabschlussprüfung für Schutz- und Polizeihunde ab. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß die Resultate, wie auch von den Preisrichtern betont wurde, weit über das Durchschnittsmäß hinausreichen. Die Arbeiten des ersten Tages spielten sich in der Pasinger Heide ab. Die geräumige Heidefläche bot genügend Raum, um die nach der neuen Prüfungsordnung vorgeschriebenen 1200-Meter-Suchen zu erledigen. Für die einwandfreie Ausarbeitung dieser langen Spur, die fast eine Stunde alt sein muß, und an deren Ende ein unscheinbarer Gegenstand vom Spurenlager niedergelegt wird, ist eine so hohe Punktzahl vorgesehen, daß diejenigen Hunde, die den ausgelegten Gegenstand nicht finden, in der weiteren Konkurrenz fast ausscheiden gezwungen sind. Von den Polizeihunden wird außer der großen Spur aber noch eine weitere Nasenarbeit verlangt. Es ist dieses die Suche auf der nur 20 Minuten alten Fährspur, bei der der Hund den versteckten Scheinwerker beim Finden zu verbellern hat. Wenn auch bei dieser Arbeit Versägen vorkamen, so ist doch zu bedenken, daß das hohe Heidekraut den suchenden Hund an der Nase liest, wodurch er ohne weiteres mit hoher Nase sucht und bei Seiten- oder Krefelwind leicht von der Spur abgetrieben wird. Für Schutzhunde kamen nur leichtere Spurenarbeiten in Frage. — Der zweite Prüfungstag sah schon in aller Herrgottsfrühe die Konkurrenten wieder auf den Beinen. Ein Blick nach oben und man wußte, daß das Wetter einmal wieder nicht besonders werden würde, und so kam es auch. Der um 9 Uhr einsetzende Dauerregen hielt den ganzen Tag an. Zur Hundprüfung gehört ein Hundewetter. Die Veranstaltung nahm zwar ungeführt ihren Fortgang, aber das erwartete große Publikum blieb aus. Es war ein vollständig verregener Sonntag und der Vereinschahmeister sollte drein wie der betrieblie Lohgerber, dem die Felle fortgeschwommen waren. Es blieb jedoch nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Und so sah man am Abend bei der Preisverteilung im Musikischen Lokal wieder fröhliche Gesichter. Einige Damen, die sich seit Jahren in der Polizeihundbewegung befinden, hatten sich mit ihren Hunden einen ziemlichen Vorsprung gesichert. Warum auch nicht? Jedenfalls sah man die von Damen vorgeführten Hunde in tabellarischer Verfassung und mancher Führer wird sich anstrengen müssen, wenn er sie übertrumpfen will. Die vom Verein gebetenen Preisrichter, zwei Hamburger Herren und ein Herr aus Giesendorf entließen sich ihrer schweren Aufgabe in vorbildlicher Weise und scherten sich bei den Teilnehmern das beste Andenken. — Den 1. Preis für Polizeihunde erhielt „Arco v. Loitoltus“, Bef. Herr Caremi, Bad-Schwartau, Führerin Fräulein Arndt, Bad-Schwartau, 289 Punkte, „vorzüglich“. 1. Ehrenpreis, Staatsmedaille und Führerpreis. Für Schutzhunde: „Roland“, Bef. und Führer Herr Alfons Puschmann, Riedth, 200 Punkte, „vorzüglich“. 1. Ehrenpreis und Führerpreis.

Freiwilligübune. Freitag nachmittag kommen die Kinder zu freiwillichem Tanz und Spiel unter Leitung von Kindergartenlehrerinnen zusammen. In der ersten Stunde die Kleinen und dann die Großen. Alle Kinder sind eingeladen. Sonnabend abend findet eine Wochenfeier statt. Die Chorlieder werden vorgelesen vom Lübecker Wiederholt. Der Eintritt ist wie am Freitag unentgeltlich. Am Sonntag nachmittag erfolgt die dritte und letzte Wiederholung des Shakespeareischen Lustspiels „Was ihr wollt“.

Belohnung eines jugendlichen Lebensretters. Der Senat hat dem Untersekundaner Günter Bruhn, der in letzter Zeit zwei Knaben vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, eine silberne Taschenuhr mit entsprechender Widmung verliehen.

Hausfrauen, laßt Euch nicht betrügen! Der Polizeibericht meldet: Ein Schwindler mit angeblichen Gasparbrennern ist in den letzten Tagen hier aufgetreten. Unter der Angabe, er komme im Auftrage des hiesigen Gaswerkes, wobei er auch ein gefemmeltes Schriftstück vorgezeigt, bietet er Spiralfedern an, welche ein paradiesisches Brennen ermöglichen sollen. Die Spiralfeder kostet 2 Mk. Es handelt sich um eine gewöhnliche Drahtspirale, welche den angepriesenen Zweck in keiner Weise erfüllt, im Gegenteil ist es mit dieser Spirale überhaupt unmöglich, den Gasherd zu benutzen. Vor dem Schwindler, der auch bereits in anderen Städten aufgetreten ist, wird gewarnt.

pb. Wem gehört das Fahrrad? Gefunden ist ein Fahrrad Marke „Tornado“ Nr. 682 780. Der Eigentümer wird ersucht, sich im Zimmer 31 des Polizeidienstgebäudes zu melden.

In den Badeanstalten Falkendamm und Träbenteich betrug die Temperatur: Luft 20 Grad, Wasser 17½ Grad.

Wochenplan des Stadttheaters

12. August, 19.30 Uhr: Drei arme kleine Mädels (Operette). Zum ersten Male! Ermäßigte Preise. Außer Abonnement. — 14. August, 20 Uhr: Schinderhannes (Schauspiel). Zum ersten Male. Dienstag-Abonnement. — 15. August, 19.15 Uhr: Lohengrin (Oper). Neu einstudiert! Mittwoch-Abonnement. — 16. August, 20 Uhr: Der Geisterzug (Kriminalstück). Donnerstag-Abonnement. — 17. August, 20 Uhr: Drei arme kleine Mädels (Operette). Freitag-Abonnement. — 18. August, 20 Uhr: Der Vogelshändler (Operette). Außer Abonnement. Ermäßigte Preise. — 19. August, 15 Uhr: Der Geisterzug (Kriminalstück). Außerordentliche Fremden-Vorstellung. Halbe Schauspielpreise. 19.30 Uhr: Lohengrin (Oper). Außer Abonnement.

Kirchliche Versicherungen

Von der „Volksfürsorge“ wird uns u. a. geschrieben: „Auf keinem Wirtschaftsgebiet versuchen sich so viele Bezugs- und Unberufene zu überbieten, wie auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Auch die Kirche will bei diesem Konkurrenzkampf nicht fehlen. Auf katholischer Seite bestehen schon seit Jahren die „Leo-Kasse“ und auch das „St. Josephs-Wert“. Nun kam noch vor einiger Zeit die „Caritas-Sterbevorsorge“ des deutschen Caritasverbandes, der katholischen Wohlfahrtsorganisation hinzu. Der Evangelische Bund hat für seine Anhänger den „Wartburg“, Versicherungsverein a. G. gegründet. Jede Sparmark bleibt in bewährter evangelischer Hand, heißt es im Prospekt. Nun gibt es aber auch eine „Evangelische Sterbevorsorge“. Ein ähnlicher Vertrag wie zwischen dem Caritas-Verband und dem „Neuen Atlas“ besteht auch zwischen letzterem und dem Zentralauschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Die Antragsformulare, Tarife usw. des „Neuen Atlas“ tragen je nach der konfessionellen Schattierung die Borden „Caritas-Sterbevorsorge“ oder „Evangelische Sterbevorsorge“.

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Sächsisch

Seeerz. Von der Firma Villeroy & Boch wird uns geschrieben, daß an der Beerddigung des Gen. Lüth zwei Beamte im Auftrage der Firma teilnahmen und auch einen Kranz für sie niederlegten. Wir müssen danach annehmen, daß unser Berichterstatter ein Versehen unterlaufen ist, und nehmen die daran geknüpfte Bemerkung als sachlich unbegründet zurück.

Saffrug. Jugendlicher Einbrecher. Eine schnelle und ziemlich harmlose Aufklärung fand ein in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verübter Einbruchsvorfall in einem hiesigen Verkaufspavillon. Der Täter hatte bereits ein Fenster zertrümmert, ist dann aber offenbar gestört worden. Von dem Besitzer des Pavillons wurde am nächsten Morgen ein in verdächtiger Weise am Strande umherstreichender Junge zur Rede gestellt, der nach anfänglichem Leugnen auch bald zugab, die Fensterscheibe zerbrochen zu haben, um sich Lebensmittel zu suchen, weil er Hunger hätte. Es handelt sich um einen 13jährigen Knaben aus Malente, der angeblich aus Angst vor väterlicher Züchtigung den Eltern tags vorher entlaufen ist und den Weg von Malente nach Saffrug zu Fuß zurückgelegt hat. Die Eltern sind benachrichtigt, damit sie ihren Ausreißer zurückholen können.

Curin. Kurse für Beamte und Dauerangehörige der oldenburgischen Gemeinden. Von Anfang September an sollen in Oldenburg i. O. die Unterrichtskurse für Beamte und Angestellte im oldenburgischen Gemeindefeld fortgesetzt werden. Es kommen für das Winterhalbjahr folgende Lehrfächer in Frage: Beamtenrecht, Wohlfahrtspflege, Schulrecht, Eids-, Rechnungs- und Kassenwesen, Rechtskunde, Organisations-, Geschäfts- und Bureaukunde. Die Unterrichtsstunden sollen, wie im letzten Winterhalbjahr, an den Sonnabendnachmittagen im Hindenburgpolytechnikum abgehalten werden. Als Gebühr sind vorläufig 50 Pfennig für die Stunde festgesetzt. Eine Herabsetzung der Gebühr wird wieder möglich sein, falls die Zahl der Teilnehmer genügend groß ist.

Curin. Die Bewaffnung der Landjäger. Nach einer neuen Verordnung des Innenministers sollen im Laufe des Jahres 1928 die Landjägerbeamten und die Beamten der Schutzpolizei eine andere Hebewaffe erhalten. Der bisherige alte Armeesäbel soll in Fortfall kommen. Eingeführt wird eine Waffe, ein Mittelstück zwischen Seitengewehr und Hirschfänger, welche mehr dem letzteren ähnelt. Die bisherigen Goldporteepees kommen in Wegfall. Alle angestellten Beamten tragen dann das silberne Porteepee. Außer Dienst dürfen die Landjägerbeamten den Armeesäbel auftragen. (Die werden aber einen Spaß haben! Hebrigens wozu braucht ein Gendarm außer Dienst einen Säbel? D. N.)

Lauenburg

Mölln i. Bbg. Schwerer Silberdiebstahl. Aus dem Herrenhaus des dem Grafen Bernstorff-Gyldenstern gehörenden Gutes Naguth in Wottersee bei Mölln wurde fast der gesamte Silberbestand geraubt, darunter das Familien-Tafelsilber von hohem Altertumswert. Die Täter sind mit ihrer Beute im Kraftwagen entkommen, so daß jede Spur fehlt.

Danienstädte

Hamburg. 17. Hamburger Textil-Mustermesse. Am 19. und 20. August 1928 findet in den Ausstellungsräumen des Zoo in Hamburg die 17. Hamburger Textil-Mustermesse statt. Die Messe, von Detailhändlern gegründet, dient den Interessen der Detailhändler. Sie erhebt keinen Anspruch international zu sein, sondern sie ist und bleibt ein regionales Unternehmen. Der von der Messe zu wachsende Besuch ist ein Zeichen ihrer Notwendigkeit. Die Käufer, die sich in der Hauptsache aus den umliegenden Provinzen rekrutieren, kommen immer wieder mit Vorliebe nach Hamburg, wo man die norddeutsche Eigenart: Einfachheit und Ueberfrömmlichkeit kennt und kultiviert und wo sie fast immer ihre alten Lieferanten und Freunde wieder treffen.

Hamburg. Nord-Süd-Linie von Hamburg durch die Heide nach Thüringen und Bayern. In Braunschweig sind wieder Bemühungen im Gange, die Reichsbahn für den Ausbau einer Nord-Süd-Linie von Hamburg über Uelzen, Werben, Jzenbüttel, Braunschweig, Bienenburg, Goslar, Seesen, Nordhausen, Erfurt nach Bayern zu interessieren. Die einzige Schwierigkeit, die diesem Plane noch gegenübersteht, ist in der Strecke Uelzen-Werben-Jzenbüttel-Braunschweig zu erblicken, die von der Reichsbahn etwas nebenächlich behandelt wird. Die Bahn wurde noch nicht zur Vollbahn ausgebaut, angeblich, weil die Kosten zu hoch sind und die Sicherung der Bahnübergänge neue Anlagen und Ausgaben verursacht. Es wird jedoch von interessierten Verkehrskreisen darauf hingewiesen, daß sich die Reichsbahn gezwungen sehen wird, mit dem zunehmenden Kraftwagenverkehr gleichen Schritt zu halten und daß deshalb der Ausbau sämtlicher Verkehrswege notwendig ist, durch die wirtschaftliches Hinterland erschlossen wird. In Braunschweig vertritt man die Ansicht, daß der Ausbau dieser großen Nord-Süd-Linie für Hamburg als Hafenstadt ebenso notwendig ist, wie für die Heide mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten, wie auch für Braunschweig als nördliche Einfallsforte zum Harz und für Erfurt als Ausgangspunkt zum Thüringer Walde. Die Entscheidung in dieser Frage liegt bei der Reichsbahn, die die Bedeutung dieser Frage anscheinend erkannt hat, denn sie trägt sich mit der Absicht, den Zugverkehr auf den genannten Strecken zu beschleunigen.

Hamburg. Internationale genossenschaftliche Sommerfchule. Vom 7. bis 21. Juli wurde in Hamburg die von Professor Fred Hall (Manchester) geleitete Internationale Sommerfchule abgehalten, an der sich aus 17 Ländern über 70 Schüler, darunter eine erhebliche Anzahl Frauen, beteiligten; besonders stark war, wie immer, Großbritannien vertreten. Um die Erledigung der umfangreichen Vorarbeiten machten sich die Lehrer der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verdient. Das Programm der Schule war außerordentlich reichhaltig. An Vorträgen wurden gehalten folgende über: Internationaler Genossenschaftshandel, genossenschaftlicher und gemeindlicher Warenhandel, Ueberblick über das deutsche Genossenschaftswesen, Erziehungs- und Sozialarbeit der deutschen Genossenschaften, Beziehungen zwischen Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften, die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung in Indien, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Deutschland, Bekämpfung des Konsumgenossenschaftswesens in Frankreich und über Schulung der genossenschaftlichen Angestellten. An alle Vorträge knüpften sich rege Aussprachen und Fragestellungen. Besonders wirksam war auch der Anschauungsunterricht.

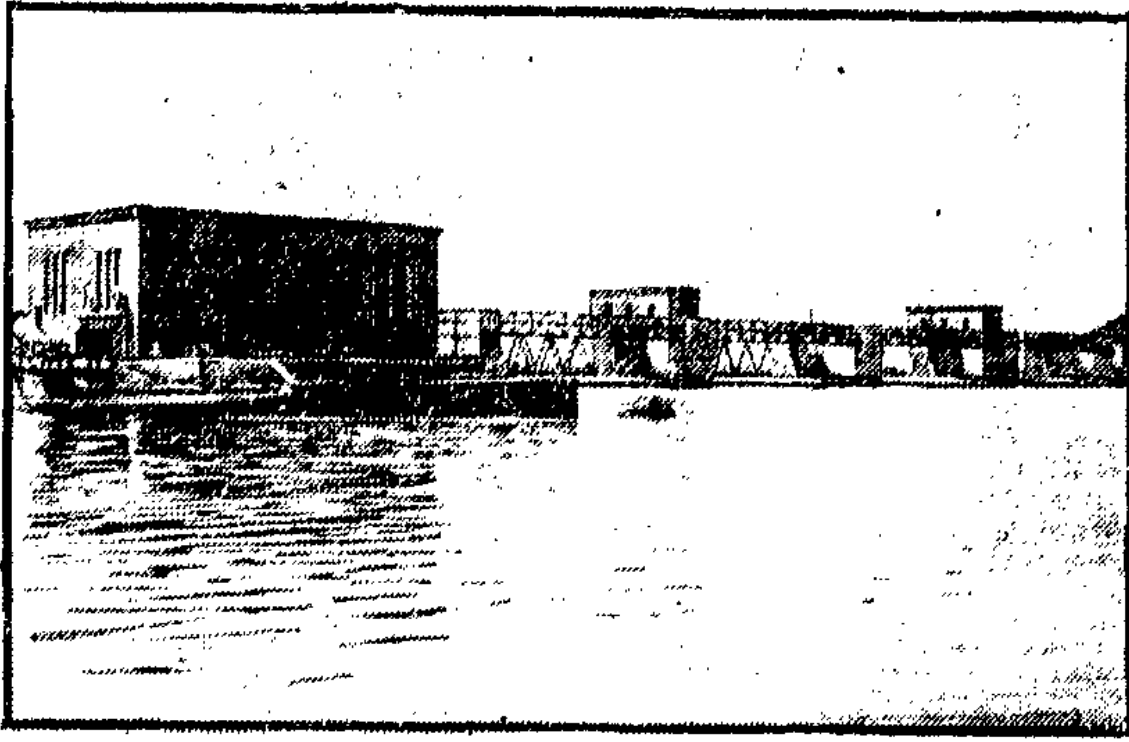
Mecklenburg

Rudwigslust. Auf dem letzten Viehmarkt standen zwar fast 300 Pferde zum Verkauf, aber nur ein Haupt-Rindvieh. Man forderte für junge Pferde besten Güte 500-600 RM., doch wurden diese Höchstpreise kaum bewilligt. Gute Arbeitstiere

Aus dem Reiche der Technik

Ein Wert neuzeitlicher Wasserbaukunst

geht seiner Vollenbung im Tal der Ruhr bei Hengstey entgegen. Es ist die Großfluranlage Hengstey, die der Ruhrverband Essen mit einem Aufwand von 7 Millionen Mark errichtete. Durch eine riesige Wehranlage, einem sogenannten Walzenwehr wird das Wasser der Ruhr in einem großen See am Fuße der Hohensyburg, der rund 3 Millionen Kubikmeter faßt, gestaut, um hier den Schlamm ablagern zu lassen. Dieses Wehr ist imstande, das höchste Hochwasser der Ruhr mit 2400 Kubikmeter Sekundenleistung abzuführen. Das Bild zeigt die Wehranlage mit der großen Wasserkraftanlage am Stausee.



Ein gewaltiges Werk neuzeitlicher Wasserbaukunst

Das riesige Walzenwehr am Ende des Stausees.

folgten 350-500 RM., Mittelwaze 200-350 RM., noch soeben für hiesigen leichten Boden taugliche Ackerpferde 100-200 RM., Wonnepferde das Paar 450-600 RM. und sog. Schlachtpferde 30-75 RM.

Neukloster. Flugzeuge zur Schädlingsbekämpfung. In der Forst von Neukloster treten Schädlings auf, die die Bäume zerfressen. Darum hat sich das Forstamt einige Flugzeuge gehandelt. Mit diesen wird in den nächsten Tagen die gesamte Forst mit Ärsengift bestäubt. Das Gift bleibt an den Pflanzen und Beeren haften. Nur heftige Regenschauer können es wieder abwaschen. Daher ist Vorsicht beim Genuß von Beeren aus dem Forst bei Neukloster zu beachten, da, wenn auch schon einige Regenschauer nach der Bestäubung niedergegangen sind, der Genuß der Beeren noch mit Lebensgefahr verbunden ist. (Wir nehmen an, daß die Forstverwaltung schleunigst für die Belehrung des Publikums sorgt. Die Red.)

Güstrow. Schlecht belohnte Gutmütigkeit. Bei dem Schnitter M. in Dammersdorf bei Dettmannsdorf-Abzow erschien vor einigen Tagen ein dem Schnitter unbekannter Mensch und bat um Obdach für die Nacht. Der Schnitter behielt den Menschen in seiner Wohnung. Am nächsten Morgen ging der Schnitter an seine Arbeitsstelle, während der Fremde noch in seiner Wohnung zurückblieb. Als dann gegen Mittag der Schnitter in seine Wohnung zurückkehrte, war der Fremde verschwunden, mit ihm aber auch folgende, dem Schnitter gehörende Sachen: ein Herrenrad, ein Anzug, ein Blüschmantel, ein grünes Kleid, ein blaues Kostüm, ein grünes Strickjacket, zwei Unterhosen, fünf Hemden und eine Handtasche. Der Schnitter, der in Marlow Anzeige erstattet hatte, erschien heute hier, weil er annahm, daß der Täter hierher gereist sein könnte. Die polizeilichen Ermittlungen hatten dann den Erfolg, daß der gestohlene Anzug bei einem hiesigen Althändler aufgefunden werden konnte. Es handelt sich um den Schweizer Otto K. aus Godeland, der Güstrow bereits verlassen hatte. Der hier verkaufte Anzug konnte dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Schleswig-Holstein

Neumünster. Ein gemeiner Einbruch. In einer der letzten Nächte ist in das vor vierzehn Tagen eingeweihte Mütter- und Säuglingsheim eingebrochen worden. Den Dieben, die von ganz gemeiner Gefinnungsart sein müssen, fiel für 350 Mark Frauen- und Kinderwäsche in die Hände. Mit einer schweren Eisenstange, die sonst zum Kesselreinigen benutzt wird, haben sie die Hintertür aufgebrochen, sind in die Allerräume vorgebrungen, wo sich das Wäschelager befindet. Die Diebe mußten, aus der Art und Weise des Einbruchs zu schließen, ortslundig gewesen sein. Gestohlen wurden: 27 Barquent-Unterwäsche, 100 Kinderhöschen und 25 Meter ungeschlitzter Barquent. Da die Sachen erst kurz zuvor geliefert worden waren, ist anzunehmen, daß sie die Lieferung bemerkt haben. Der Verdacht richtet sich denn auch auf bestimmte Personen, zumal sie die Dummheit begangen haben, einen Schal zurückzulassen. Abgesehen von dem Wert, der entwendet wurde, ist allein die Tatsache, daß die Täter in eine städtische Wohlfahrtsanstalt eingebrochen haben, so ungeheuerlich, daß eine exemplarische Bestrafung wohl erfolgen wird.

Hannover

Lüneburg. Ein Doppelraubmörder verhaftet. Durch die Umstöße des Stallweizers Max Koos, Eyendorf, Kreis Wilsen, ist es gelungen, am Sonntag mittig in Eyendorf einen steckbrieflich gesuchten Doppelraubmörder festzunehmen. Vor einiger Zeit sprach bei dem Verwalter Koos in Eyendorf ein Schweizer namens Gert mit ihm vor und wurde eingestellt. Ein mit ihm zusammen tätiger Schweizer fand in einem Fachblatt eine Abbildung des Stallweizers Ernst Winkler, der Anfang Juli in Dettum bei Braunschweig die Gutsbesitzerin Sidonie Schmidt und die Magd Emma Boje im Kuhstall durch Erschießen getötet hatte und mit einigen hundert Mark flüchtig geworden war. Auf die Festnahme des Raubmörders stand eine Belohnung von 1000 Reichsmark. Bei Betrachtung des Bildes fiel dem Schweizer eine Ähnlichkeit des Gert mit dem Gesuchten auf. Er fragte ihn direkt, ob er der Gesuchte sei. Auf bejahende Antwort benachrichtigte der Schweizer die Landjäger in Pattensen und Lübberte, denen gegenüber der Verhaftete ein Geständnis ablegte. Die Papiere des Gert hat er sich von

einem Kollegen in Hannover unter dem Vorwand, ihm Arbeit zu verschaffen, erschwindelt. Winkler wurde unter harten Sicherungsmahnahmen in das Wilsener Gefängnis gebracht. In dem Besitze des Verhafteten wurden eine Schußwaffe und ein größerer Geldbetrag gefunden.

Die Arbeitszeitverordnung über Vergütung von Mehrarbeit ist auch für das Verkehrs-gewerbe maßgebend

§ 6a Arbeitszeitverordnung

Das Reichsarbeitsgericht hat im Urteil vom 28. März 1928 — RUG. 107/27 — über diese sehr wichtige Frage für das Verkehrsgewerbe dahingehend entschieden, daß das Gesetz vom 14. April 1927 über die Regelung der Arbeitszeit (Arbeitszeitnotgesetz) maßgebend ist. Folgender Sachverhalt liegt zugrunde:

Die Beklagte betrieb die gewerbmäßige Beförderung von Gütern. Die Kläger waren als Transportarbeiter (Fahrlente) bei der Beklagten beschäftigt. Sie verlangten für geleistete Ueberstunden über die 48stündige Arbeitswoche Mehrarbeitsvergütung für die Zeit vom 1. Juli bis 22. August gemäß § 6a Absatz 2 der Arbeitszeitverordnung, wonach ein Ueberstundenzuschlag von 25% vorgelesen ist. Die Beklagte vertat jedoch den Standpunkt, daß die Arbeitszeitverordnung auf das Verkehrsgewerbe keine Anwendung fände und daß ferner der Schlichter durch Spruch vom 7. September 1927 entschieden hat, daß die Bezahlung der Ueberstunden nach dem 1. Juli 1927 die gleiche sein soll, wie sie im abgelassenen Tarifvertrag vom 8. Oktober 1924 vorgelesen war. Diese Regelung ging dahin, daß Mehrarbeit von 48 bis zu 56 Stunden mit einem Aufschlag nicht vergütet wird.

Auf Grund des § 15 der Arbeitszeitverordnung vom 14. Juli 1927 ist der Reichsarbeitsminister berechtigt, Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung zu erlassen. Der Artikel III der benannten Verordnung ist aus der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 übernommen und hat durch den § 1 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 erneut Wirksamkeit erhalten. Dieser Artikel III gestattet dem Reichsarbeitsminister nach Anhörung der Beteiligten, Anordnungen über die Arbeitszeit im Verkehrsgewerbe zu erlassen. Der Reichsarbeitsminister hat aber von benanntem Artikel III keinen Gebrauch gemacht. Somit entstand nun die Frage, ob der Spruch des Schlichters, der auch die Regelung der Ueberarbeitszeitbezahlung einbegriff, Gültigkeit hat und somit den § 6a der Arbeitszeitverordnung, der eine Vergütung von Ueberarbeitszeit vorsch, ausschalten konnte. Es war daher zu prüfen, ob hier nicht der Schlichter seine Befugnisse überschritten hat. Im § 6a Absatz 3, 1. Satz der Arbeitszeitverordnung heißt es: „Entsteht zwischen gesamtvertragsfähigen Parteien Streit über die Form, die Höhe oder die Art zur Berechnung der Vergütung oder kommt in freien Verhandlungen oder im Schlichtungsverfahren keine Vereinbarung zustande, so trifft der Schlichter auf Antrag eine bindende Regelung.“ Dieser Satz darf aber nicht so ausgelegt werden, daß es dem Schlichter gestattet ist, im Gegensatz zum Absatz 2 des § 6a benannter Verordnung, der ausdrücklich eine Ueberstundenvergütung vorsch, durch Spruch außer Kraft zu setzen.

Das Reichsarbeitsgericht sagt in seiner Begründung, das Berufungsgericht hat diese Regelung der Mehrarbeitsvergütung als über den Rahmen der dem Schlichter durch § 6a Absatz 3 A.B.G. zugewiesenen Aufgabe hinausgehend und daher als nichtig erachtet. Auf jeden Fall war der Schlichter nicht befugt, eine Milderung dahingehend zu treffen, die darauf hinausläuft, daß der Arbeitnehmer für gewisse Ueberstunden überhaupt keine Mehrarbeitsvergütung erhält; denn durch den Absatz 3 des § 6a ist dem Schlichter, abgesehen von den hier nicht in Betracht kommenden Fällen des Absatz 2, ausdrücklich die Aufgabe der bindenden Regelung nur in dem in Satz 1 umschriebenen Rahmen, also nur hinsichtlich der Form, der Art und der Höhe der Berechnung der Mehrarbeitsvergütung zugewiesen. Die Grenzen der gesetzlichen Zuständigkeit aber hat der Schlichter in vorliegendem Falle überschritten, sagt das Reichsarbeitsgericht. Mit Recht hat daher das Berufungsgericht den Spruch als nichtig erachtet und den Klägern den Klageanspruch zuerkannt, nachdem es festgestellt hat, daß besondere Umstände, die eine Abweichung von dem Satz des Absatzes 2 des § 6a A.B.G., der ausdrücklich eine Mehrarbeitsvergütung vorsch, nicht vorliegen.

